

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorchriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 578 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Marktstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Teleg.-Adr.: Allverband Bochum.

Vertagte Entscheidungsfämpfe.

In „dicker Luft“, in einer Atmosphäre starker politischer Spannungen erfolgte die vorläufige Lösung des Konflikts im Ruhrbergbau. Gewaltiger Lohnabbau, zu diesem Zweck Verschärfung des Tarif- und Schlichtungswesens, gewaltiger Abbau der sozialen Fürsorge sind Kardinalforderungen derjenigen Unternehmerkreise, die aus der bisherigen Entwicklung nichts gelernt haben und immer noch glauben, daß man um so rascher der Krise Herr werde, je mehr man die Kaufkraft des eigenen Volkes schwäche. Die Haltung des Reichskabinetts in allen entscheidenden Wirtschaftsfragen ist immer noch unentschieden. Es scheint immer wieder anders beeinflusst zu werden von den von außen einwirkenden Kräften. Minister Schiele forderte Ende September vor dem Völkischen Landwirtschafsrat die Schaffung vernünftiger Preisverhältnisse. Das sei aber ohne Lockerung der Kartell- und Lohnbindungen nicht zu erreichen.

Die Entscheidungen im Ruhrgebiet seien nur Vorfeldkämpfe, ihnen müßten bald grundlegende gesetzliche Regelungen folgen. Lohn- und Gehaltsabbau müßten mit Verringerung der Kosten für Bedarfsgüter Hand in Hand gehen!

Elf wirtschaftliche Spitzenverbände der Unternehmer überreichten zu dieser Zeit der Regierung eine Denkschrift, in der noch einmal alle kapitalistischen Klagen gegen das „marxistische“ System im Staat zusammengefaßt werden. Zwangslohnpolitik, übertriebene Ausweitung der Sozialversicherung, Ueberspannung des Fürsorgeprinzips, übermäßiger Aufwand der öffentlichen Hand hätten notwendige Kapitalbildung unmöglich gemacht, das Finanzniveau in die Höhe getrieben, Minderertrag von Steuern herbeigeführt und die Rentabilität der Unternehmungen vernichtet. — In sechs Forderungen verlangt die Denkschrift einen weiteren umfangreichen Aufgaben- und Ausgabenabbau der öffentlichen Hand, Beseitigung der Hauszinssteuer, weitere Herabsetzung von Löhnen und Gehältern, „individuelle“ Gestaltung des Schlichtungswesens, Minderung der Soziallasten, besonders auch auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung. Nebenbei betont die Denkschrift auch, daß die Unternehmer selbst verpflichtet seien, die individualistische Wirtschaft durch ihr Verhalten zu stärken, das ihrige zur Auflockerung der Preise beizutragen usw.

Die erste Aeußerung aus dem Reichspressekabinett zu dieser Denkschrift las sich, als wenn die Regierung sich dieses Unternehmerprogramm ziemlich hundertprozentig zu eigen zu machen gedachte. Am anderen Tage erfolgte eine offensichtlich vom Reichskanzler veranlaßte Erklärung, in welcher die Denkschrift als wertvolles Material erklärt, aber jede Identifizierung der Reichsregierung mit diesem Unternehmerprogramm abgelehnt wurde.

Die Gewerkschaften aller Richtungen, ADGB, AFU-Bund, der christliche Gewerkschaftsbund und der Hirsch-Dunckersche Deutsche Gewerkschaftsring antworteten in einer gemeinsamen Erklärung auf das Unternehmerprogramm. Die Erklärung sagt offen und deutlich, daß

die deutschen Arbeitnehmer sich unter keinen Umständen kampfflos die wichtigsten sozialen Errungenschaften nehmen lassen würden.

Nach scharfer Beurteilung der herrschenden Protektionspolitik (Agrarpolitik), Subventionspolitik, der Uebernationalisierung, der Kapitalfehlleitungen und der systematischen Senkung der Kaufkraft mit ihren krisenverstärkenden Folgen stellt die Kundgebung folgende Forderungen auf:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit (insbesondere durch Einführung der Dreizehntagestunde) zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.
3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft, der Löhne und Gehälter; Sicherung des Tarifrechts und des staatlichen Schlichtungswesens.
4. Senkung der Zölle mit dem Ziel der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gemeinsame Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Verarbeitungsspannen.
5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Stufen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.
6. Deffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleitungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.
7. Rückichtslosige Kürzung der überhöhten Spitzgehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewusster Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf Lösung der Frage der internationalen Kriegsschuldung und Reparationen.

In dieser überhöhten Atmosphäre spielte sich das Ringen um die Verschlechterung oder Verbesserung der Lage der Bergarbeiter ab. Der Schiedsspruch mit 7 Prozent Lohnabbau löste größte Erregung in den Reihen der Bergarbeiter aus und wenn er nicht geändert worden wäre, hätte die kommunistische Streikpolitik wahrscheinlich größeren Erfolg gehabt.

Die Bergarbeiter können einfach eine wesentliche Senkung ihres Realeinkommens nicht ertragen angesichts der Not, in der sie, wer weiß wie lange schon, leben!

Die Erregung der Bergarbeiter des Ruhrgebietes richtete sich auch heftig gegen die beiden unparteiischen Beisitzer, von denen Dr. Bragard Zentrumsmann, Bergmann Sozialdemokrat ist. Wir müssen uns dieser scharfen Kritik unbedingt anschließen und verstehen nicht, wie Bergmann für einen 7prozentigen Lohnabbau stimmen konnte. Ihm sind die internen Verhältnisse des Ruhrbergbaues unbekannt und kein Mensch kann sich in einem Tage aus dem Wust des ihm vorgelegten Zahlenmaterials ein objektives Bild über die Lage machen, zumal eine wirkliche Nachprüfung der Unterlagen selbst den Gewerkschaften nicht ermöglicht wird. Es hätte also nichts näher gelegen, als diese „ehrenvolle Berufung“ abzulehnen oder nach ihrer Annahme angesichts der gesamten Lage nicht für 7 Prozent zu stimmen!

Aus politischen Gründen, aus der Furcht vor einer gewaltigen Explosion der Verzweiflung im Ruhrgebiet hat die Reichsregierung den 7prozentigen Schiedsspruch geändert, indem sie den Ruhrbergbau und seine Arbeiter vorläufig von der Zahlung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge befreite. Das bedeutet für die Bergleute eine Senkung des Lohnabbaues auf 3 1/2 Prozent, für die Unternehmer eine Entlastung von 10 1/2 Prozent. Auch wir sehen diese Methode des Entgegenkommens nach beiden Seiten als sozialpolitisch sehr bedenklich an. Solche Methoden wären nicht notwendig, wenn die Reichsregierung mit den Gewerkschaften aller Richtungen und mit vorhandenen Kreisen aus dem Bürgerlichen Lager zur Abschwächung und Ueberwindung der Krise suchen wollte. Ob diese Möglichkeit besteht, wird sich vor oder bei Zusammentritt des Reichstages zeigen. Einstweilen hört man, daß die Entscheidungen in bezug auf das Kartell- und Tarifwesen hinausgeschoben seien.

Auf die Haltung der Presse zur Lösung des Ruhrkonflikts und auf die dabei unverhüllt zutage getretene Drohung mit einem weiteren Lohnabbau werden wir in der nächsten Nummer der „Bergbau-Industrie“ zurückkommen.

Eine bedenkliche Notlösung.

In einer Ruhrrevierkonferenz nahm unser Verband am 27. September noch einmal Stellung zu dem Konflikt im Ruhrbergbau. In einem ausführlichen Referat zeichnete Kamerad August Schmidt ein Bild von der Lage im Ruhrbergbau, von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung und des Verzichts auf Lohnherabsetzung. In sehr ausführlicher Debatte sprachen die arbeitenden Kameraden aus den einzelnen Geschäftsbereichen, wobei sowohl die sachliche Seite der Frage wie die Möglichkeiten der Taktik im Kampf erörtert wurden. Einstimmig wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Die am 27. September in Bochum tagende Delegatenkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands für den Ruhrbezirk nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Unternehmer in dem schwebenden Konflikt, anstatt die Mehrarbeit zu beseitigen, einen weiteren Lohnabbau von 12 Prozent fordern.“

Die Konferenz weist darauf hin, daß seit Anfang 1930 im Ruhrbergbau über 140 000 Bergarbeiter entlassen wurden, von denen der größte Teil noch arbeitslos ist. Angesichts dieser Arbeitslosennot erscheint der Standpunkt der Zehnervertreter, auch in Zukunft die Mehrarbeit im Ruhrbergbau beizubehalten, absolut unverständlich. Da die Entlassungen andauern und ein weiteres Steigen der Arbeitslosennot zu befürchten ist, beauftragt die Konferenz die Verbandsvertreter, mit Nachdruck dahin zu wirken, daß die Arbeitszeit verkürzt und das vorhandene Arbeitsquantum in gerechter und gleichmäßiger Weise verteilt wird. Sollten die Arbeitgeber trotzdem weiterhin auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren, dann muß die Reichsregierung im Hinblick auf den drohenden Notwinter die Verkürzung der bergmännischen Arbeitszeit gesetzlich anordnen.

In der Lohnfrage hatten die Konferenzteilnehmer eine weitere Schwärzung des Bergarbeitereinkommens für unerträglich. Sie weisen darauf hin, daß bereits im 1. Vierteljahr d. J. der Lohn der Ruhrbergarbeiter 17,5 Prozent unter dem Stande des Jahres 1929 lag. Inzwischen haben vermehrte Feierschichten das Existenzminimum der Bergarbeiter sehr stark geschmälert. Da eine weitere Schwächung der Kaufkraft anstatt die Krise zu beheben, die Wirtschaftsnot verschärft, verurteilen die Delegierten die Unternehmerforderungen und lehnen sie ab.

An die Belegschaft des Ruhrbergbaues richtet die Konferenz das dringende Ersuchen, in dieser schweren Notzeit mehr denn je zusammenzustehen, um durch Stärkung der gewerkschaftlichen Macht die drohenden Gefahren in bestmöglicher Weise abzuwehren und erträgliche Zustände zu erkämpfen.“

Daß nach all den ersten Mahnungen und Warnungen von Gewerkschaftsseite ein Schiedsspruch kommen würde, wie er am 29. September zustande kam, konnte kein Mensch erwarten. Am 28. September waren die Verhandlungen vor dem Schlichter ergebnislos, da beide Gruppen bei ihrem früheren Standpunkt blieben. Andere Vertreter wiesen die Berechtigung und Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung nach und bestritten die Notwendigkeit einer Lohnherabsetzung. Die Unternehmer blieben bei ihrer Forderung von 12 Prozent Lohnabbau und Ausdehnung der Randbetriebsklausel, so daß für eine Anzahl weiterer Zechen eine Lohnherabsetzung von 18 bis 21 Prozent in Frage gekommen wäre.

Inzwischen war am 27. September eine neue Notverordnung erlassen worden, welche eine Entscheidung in dem Streit nach

der Art ermöglichen sollte, wie sie im Januar durchgeführt wurde. Auf Grund dieser Notverordnung wurden Beigeordnete Dr. Bragard (Buppertal) und Regierungspräsident Bergemann (Wülfeldorf) zu sogenannten unparteiischen Sachverständigen ernannt.

In der Arbeitszeitfrage kam in der Schlichterkammer mit den Stimmen der Unternehmer (also ohne das Dreimännerkollegium) folgender Schiedsspruch zustande:

„Das Bestehen der Arbeitszeitabkommen wird bis zum 31. März 1932 unverändert verlängert.“

Es kann für diesen Zeitpunkt erstmals am 1. Februar 1932 und dann halbjährlich mit zweimonatiger Frist gekündigt werden.“

Das Dreimännerkollegium faßte am 29. September in der Lohnfrage einstimmig folgenden Schiedsspruch:

„1. Das Lohnabkommen vom 1. Juli 1931 wird vom 1. Oktober 1931 ab mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß sich sämtliche bestehenden Löhne um 7 Prozent ermäßigen.“

2. Diese Regelung gilt bis zum 31. Januar 1932. Sie kann erstmalig zu diesem Termin mit einer sechswöchigen Frist gekündigt werden. Erfolgt keine Kündigung, so läuft der Vertrag mit gleicher Kündigungsfrist jeweils ein halbes Jahr weiter.“

Daß diese Schiedssprüche eine ungeheure Erregung in der Bergarbeiterkassette auslösten, versteht sich von sich selbst. Der Zehnerverband nahm den Arbeitszeit- und Lohnschiedsspruch an, lehnte aber den Lohnschiedsspruch ab. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten sofort in schärfster Form, daß sie beide Schiedssprüche ablehnten. An die Regierung wurde ein Telegramm gerichtet:

„Bergarbeiter lehnen mit größter Entrüstung Schiedssprüche für Ruhrbergbau ab und ersuchen dringend, Verbindlichkeitsklärung nicht auszusprechen.“

Die Nachverhandlungen fanden am 30. September in Dortmund unter Anwesenheit eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums statt. Die Parteien waren noch einmal telegraphisch geladen, die Unternehmer erschienen aber nicht, die Nachverhandlungen waren ergebnislos. Unser Verband hatte für den Nachmittag dieses Tages eine Konferenz der Geschäftsbereiche der Ruhrgebiete einberufen, in der in einer entsprechenden Entschließung scharf Stellung gegen die gefällten Schiedssprüche genommen wurde.

Eine Führerversammlung der christlichen Gewerkschaften aus Rheinland und Westfalen, die am selben Tage in Essen stattfand, protestierte ebenfalls aufs Schärfste gegen die Schiedssprüche und sandte entsprechende Telegramme an den Reichskanzler und den Reichsarbeitsminister. Auf diese war die entwürdigte Ablehnung der Gewerkschaften anerkennend nicht ohne Eindruck geblieben. Infolgedessen beschäftigte sich das Reichskabinett noch an diesem Tage mit einer Lösung der Frage, die schon in den Nachverhandlungen angedeutet war. Es handelte sich darum, Entgegenkommen nach beiden Seiten zu zeigen dadurch, daß der Ruhrbergbau und seine Arbeiter von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung befreit werden sollten. Das hätte den Lohnabbau für die Bergarbeiter auf 3 1/2 Prozent vermindert und den Unternehmern ebenfalls eine weitere Entlastung von 3 1/2 Prozent des Lohnes gebracht. Weil mit diesem Plan eine Verkürzung der Arbeitszeit des Lohnschiedsspruches verbunden sein sollte, lehnten die Gewerkschaften eine Verhandlung über diese Frage ab. Es erschien dann in den späten Abendstunden des 30. September folgende neue Notverordnung:

„§ 1. Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, bei der Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen, die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses vom 27. September 1931 (Reichsgesetzblatt I, Seite 513) ergangen sind, die in dem Schiedsspruch vorbeschlagene Laufdauer der Regelung ohne Zustimmung der Parteien zu ändern.“

§ 2 Abs. 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Untertagearbeiter des Steinkohlenbergbaues des Ruhrgebietes und ihre Arbeitgeber mit Wirkung vom 1. Oktober bis zum 30. November 1931 von der Beitragspflicht zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu befreien. Sie kann die Befreiung auch auf die unter Tage beschäftigten Angestellten und auf andere Steinkohlengruben ausdehnen und ihre Geltungsdauer über den 30. November 1931 hinaus verlängern.

Abs. 2. Durch die Befreiung von der Beitragspflicht wird das Versicherungsverhältnis der Arbeitnehmer nicht berührt. Der Ausfall an Beiträgen wird der Reichsanstalt vom Reich ersetzt. Die Einzugsstellen sind verpflichtet, der Reichsanstalt alle Angaben zu machen, die zur Feststellung des Beitragsausfalles erforderlich sind. Das Nähere bestimmt der Reichsarbeitsminister.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.“

Nachdem der Reichsarbeitsminister schon vorher den Arbeitszeit- und Lohnschiedsspruch für verbindlich erklärt hatte, erfolgte nun auch die Verbindlichkeitsklärung des Lohnschiedsspruches unter Verkürzung seiner Laufdauer auf die Zeit bis zum 30. Nov. 1931.

Die Friedenspflicht.

Am 1. Oktober veröffentlichten die am Tarifvertrag beteiligten Verbände in der Presse eine Erklärung:

„Nachdem die Verbindlichkeitsklärung des Lohnschiedsspruches erfolgt ist, besteht für die Mitglieder der tarifbeteiligten Bergarbeiterverbände die sogenannte vertragliche Friedenspflicht, das heißt, alle diejenigen, die den wilden Streikparolen Folge leisten, können schadenhaftpflichtig gemacht werden. Die Verbände können auf Grund bereits vorliegender Entscheidungen höchster Gerichte bei Verletzung ihrer Vertragspflicht zum Schadenersatz herangezogen werden.“

Diese Erklärung war notwendig, da die Kommunisten mal wieder einen Streik inszenierten, gegen den sich die Verbände wenden mußten. Am 30. September waren denn auch einige hundert, am 1. Oktober 3800 Mann, am 2. Oktober 4100 Mann der Arbeit ferngeblieben.

Kohlenkrise.

Der Beschäftigungsgrad im Kohlenbergbau ist auf eine zu vor nicht gekannte Tiefe herabgesunken. Selbst wenn mit dem Herannahen der Heizperiode die Brennstofffabriken größer werden sollten, wird sich diese Tatsache kaum auf den Beschäftigungsgrad auswirken, denn es liegen viele Millionen Tonnen Brennstoffe abfahrbereit auf Halben. Sie sind eine drückende Last und es liegt daher nahe, sie bei stärkerer Nachfrage zuerst abzustößen, zumal die Brennstoffe durch längeres Lagern nicht besser, sondern stets schlechter werden.

Nachfolgende Tabellen über die Produktion des Steinkohlenbergbaues lassen die Wucht der Wirtschaftskrise klar erkennen:

Steinkohlenförderung (in 1000 To.).

| Jahr | Produktion | Verbrauch | Reserve | Zusammen |
|------|------------|-----------|---------|----------|
| 1929 | 59 231 | 10 588 | 3 021 | 2 862 |
| 1930 | 55 911 | 8 677 | 2 910 | 3 280 |
| 1931 | 44 012 | 8 234 | 2 330 | 3 405 |

Kokszerzeugung (in 1000 To.).

| Jahr | Produktion | Verbrauch | Reserve | Zusammen |
|------|------------|-----------|---------|----------|
| 1929 | 16 111 | 847 | 499 | 648 |
| 1930 | 15 067 | 725 | 536 | 655 |
| 1931 | 10 011 | 529 | 397 | 607 |

Die Steinkohlenförderung des ersten Halbjahres 1931 ist 13,08 Mill. To. — 17,83 Prozent niedriger als im ersten Halbjahr 1930 und 18,24 Mill. To. — 23,23 Prozent niedriger als im ersten Halbjahr 1929.

Die Kokszerzeugung des ersten Halbjahres 1931 war 5,75 Mill. To. — 31,5 Prozent niedriger als in derselben Zeit des Vorjahres und 6,17 Mill. To. — 35,85 Prozent geringer als im ersten Halbjahr 1929. Den stärksten Produktionsausfall hat das Ruhrbecken, denn es steht im Brennpunkt der schärfsten internationalen Konkurrenz. Der Rückgang in der Kokszerzeugung ist katastrophal. Durch ihn wird auch die Lage der Eisenindustrie charakterisiert, denn sie ist unter normalen Verhältnissen der größte Koksverbraucher.

Haldbestände und Kohlenpreis.

Obgleich nun der Produktionsrückgang sehr stark ist, sind die Brennstoffhaldbestände in den Bergbaubereichen abnorm hoch. Am 30. Juni 1931 lagerten in den Steinkohlenrevieren 5,17 Mill. To. Kohle und 5,95 Mill. To. Koks. Die Bestände der Syndikatshandelsorganisationen und des Kohlenhandels sind darin nicht einbezogen. Die größten Vorräte hat der Ruhrbergbau mit 3,38 Mill. To. Steinkohle und 5,18 Mill. To. Koks. Rechnet man Koks nach dem hierfür zur Anwendung kommenden Schlüssel auf Steinkohle zurück (eine Tonne Koks = 1,22 To. Kohle), dann ergibt sich ein Lagerbestand von 12,42 Mill. To. Legt man die jetzige arbeitstägliche Förderung zugrunde, dann entsprechen diese Bestände einer Produktion von fast sechs vollen Wochen.

Mit dem Hinweis auf die allgemeine Parole, daß die Lager zu räumen sind, wurde in der Tagespresse ein Verbot gefordert, die Kohlenhalben durch kräftige Preisnachlässe abzustößen. Aber bei der Kohle ist leider der Preis von geringem Einfluß auf die Abgabemengen. Auch bei sehr niedrigem Preis fehlt in dieser furchtbaren Wirtschaftskrise der Bedarf. In einigen Tageszeitungen wurde unter der Annahme, daß der Listenpreis den Abfall der Haldbestände verhindere, Propaganda dafür gemacht, das Ruhrkohlsyndikat aufzulösen — wenn auch nur vorübergehend —, um den Preis durch die dann auflebenden Konkurrenzämpfe der Werke untereinander herabzudrücken und so die Voraussetzung für das Abstoßen der Haldbestände zu schaffen. Aber die Kohlsyndikate und ihre Handelsorganisationen werben ohnehin recht eifrig um den Abfall und lassen auch über den Preis gut mit sich reden, besonders wenn es sich um den Abfall von Lagerbeständen handelt. Daß in gewissen Absatzgebieten auch der Listenpreis erzielt wird, ist selbstverständlich und auch eine Notwendigkeit, denn sonst könnte überhaupt kein Konkurrenzkampf gegen die vorstoßende Auslandskohle geführt werden. Aber die Höhe der Umlage beim Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikat ist schon ein deutlicher Fingerzeig, welche großen Preisnachlässe gegenüber dem im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten amtlichen Kohlenpreis bewilligt werden.

Mit alledem soll nichts gegen Kohlenpreisherabsetzungen gesagt sein, wo sie kalkulationsmäßig möglich sind. Wollte aber der deutsche Bergbau zur Abtötung der drückenden Haldbestände eine allgemeine Preisrückbildung auf den Weltkohlenmärkten ohne Rücksicht auf den Erlös beginnen, so würden sich die anderen europäischen Kohlenexportländer Europas recht kräftig und wohl auch recht erfolgreich mit gleichen Mitteln zur Wehr setzen. Dabei ginge es wohl auch, kaum ohne politische Verfassungen ab.

Der Kohlenabfall.

Wie sehr der Kohlenverbrauch in Deutschland unter dem Druck der Wirtschaftskrise gesunken ist, beweist die Tabelle:

Kohlenverbrauch (in 1000 To.).

| Jahr | Gesamtverbrauch | Nur Steinkohlenverbrauch |
|------|-----------------|--------------------------|
| 1929 | 70 279 | 54 011 |
| 1930 | 55 861 | 43 530 |
| 1931 | 50 771 | 36 335 |

In den ersten fünf Monaten von 1931 war der Gesamtverbrauch in Deutschland 5,09 Mill. To. — 9,11 Prozent geringer als in derselben Zeit des Vorjahres, obgleich wir auch schon damals in der Wirtschaftskrise steckten. Der Steinkohlenverbrauch allein sank um 5,19 Mill. To. — 11,33 Prozent. Gegen die ersten fünf Monate von 1929 sank der Gesamtverbrauch um 19,5 Mill. To. — 27,75 Prozent und der Steinkohlenverbrauch allein um 15,67 Mill. To. — 29,02 Prozent zurück. Im Gesamtkohlenverbrauch ist die Braunkohle einbezogen, nach dem Heizwert auf Steinkohle umgerechnet. Wenn nun der Steinkohlenverbrauch allein prozentual stärker zurückging als der Gesamtkohlenverbrauch, dann beweist das, daß die Produktion des Braunkohlenbergbaues weniger hart von der Krise betroffen wurde, denn sie ist in der Hauptsache ein Haushaltsfeuermittel, während die Steinkohle ihre wesentlichen Abnehmer in industriellen Unternehmungen hat. Hier ist aber der Verbrauch gegen die Vorjahre, wo man auch hinsieht, so nach der Eisenindustrie, Reichsbahn, Gasanstalten usw. beträchtlich gesunken.

Auch die Kohlenausfuhr, besonders aber der Koks-Export nach den hauptsächlichsten Empfangsländern Frankreich,

Belgien, Luxemburg, Holland usw. ist stark zurückgegangen. Gründe hierfür sind die Wirtschaftskrise und auch die Zunahme der Eigenproduktion. Holland hat seine Steinkohlenförderung seit 1913 bis 1930 von 1,8 auf 12,2 Mill. To. erhöht. Frankreich steigerte in derselben Zeit seine Steinkohlengewinnung von 40,81 auf über 54 Mill. To. Ist es dann verwunderlich, wenn im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise die Kohlenproduktion in Deutschland, das auch auf die Ausfuhr angewiesen ist, so stark zurückging und die Vorräte einen so großen Umfang annahm? In solcher Lage ist der Absatz der Haldbestände durch Preisnachlässe nicht zu erzwingen. Aber selbst wenn die deutsche Kohlenindustrie auf die Idee verfallen sollte, die Haldbestände kostenlos abzugeben, nur um zu räumen, dann wäre erreicht, daß mindestens für einen Monat, abgesehen von gewissen Brennstoffsorten, die nicht auf Lager sind, kein Absatz für die laufende Produktion zu finden sein würde. Dann müßten entweder die Bergleute feiern oder die tägliche Produktion neu auf Lager genommen werden.

An Bemühungen, das Anwachsen der Vorräte zu vermeiden hat es nicht gefehlt, die heutige Schärfe der Krise freilich hat niemand vorausgesehen. Die Bergarbeiter haben genügend Feiertage und Entlassungen hinnehmen müssen, nur um die Produktion einzudämmen. Im Ruhrbergbau allein wurden 10 Millionen Feiertagen im Laufe von 1930 eingelegt, durch welche ein Lohnausfall von mindestens 80 Mill. M. entstanden ist. Nicht besser war es in anderen Bergbaubereichen. Auch im laufenden Jahr sind die Feiertage noch enorm hoch.

Wie es seit zwei Jahren mit dem Belegabsatz bestellt ist, das offenbart folgende Tabelle aus den vier größten Steinkohlenrevieren. Es waren beschäftigt (ohne Arbeiter in den Nebenbetrieben):

| Jahr | Produktion | Beschäftigte | Produktion pro Kopf |
|-----------|------------|--------------|---------------------|
| Juni 1929 | 354 566 | 57 111 | 26 201 |
| Juni 1930 | 316 290 | 46 728 | 24 452 |
| Juni 1931 | 236 752 | 42 808 | 19 469 |

Innerhalb zwei Jahren, vom Juni 1929 bis Juni 1931, wurden, wie das Ergebnis dieser Aufstellung aus den vier Steinkohlenbezirken zeigt, 144 574 Arbeiter der bergmännischen Belegschaft 31,42 Prozent entlassen, um die Produktion einzukürzen.

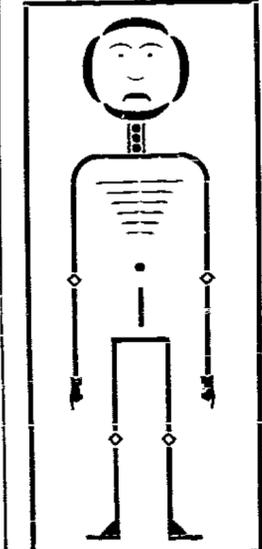
Neue Lohnregelung in der Kohlenindustrie der Sowjetunion.

Die Präsidien des Obersten Wirtschaftsrates und der Gewerkschaftszentrale der Sowjetunion haben am 20. September eine Verordnung über die Änderung des Lohnsystems in der Kohlenindustrie veröffentlicht. Laut der Verordnung soll die neue Lohnregelung in der Richtung der völligen Liquidierung der „Gleichmacherei“ in der Entlohnung und der größtmöglichen Erweiterung des direkten und des progressiven Akkords durchgeführt werden.

90 Prozent aller Arbeiter unter Tage und 53 Prozent der sonstigen Bergarbeiter sollen in Akkord arbeiten! In der Kohlenindustrie im Donezbecken sollen 80 Prozent der Arbeiter nach dem Akkordsystem entlohnt werden. Für die höher qualifizierten Arbeiter soll ein System des progressiven Akkords angewandt werden. Für die anderen Kategorien wird der individuelle, direkte, unbefristete Akkord sowie der kollektive eingeführt.

Die Tariffsätze werden geändert. Anstatt der von den Kollektivverträgen vorgesehenen 27 Tariffsätze werden im Donezbecken vom 1. Oktober ab nur 11 Tariffsätze festgesetzt. Für die erste Lohnstufe ist der Satz 1,60 Rubel, für die erste 7 Rubel. Die Entlohnung der Mehrarbeit, die über die normalen Leistungssätze hinausgeht, wächst progressiv, und zwar so,

Die Einheitsfront



Quakel spricht: Die KPD, ändert wieder ihr Miljoh mit Geschimpfe und Geplärre: Massenaustritt! Beitragssperre! Kommuniste, sei gescheut: Den Verbänden keinen Deut! Kannibalisches Behagen sei es dir, sie zu zerschlagen!

Auch schallt der letzte Schrei der Parolenkumpane. Ach, sie sucht jetzt Trost im Leide nach dem tristen Volksentscheide.

Was die Einheitsfront nun ist: Nazi-, Kozi-, Stahlhel-, mist, ist mit dem Latein am Ende und kozt Mist auf die Verbände.

Haltestillkonsortionell ist dies Einheitsfrontgebell. Dessen freut sich der Profiller, Seldte, Hugenberg und Hitler.

Teddys Lösung ist bekannt: Kein Verband = kein Widerstand! Herrlich blüht dann im Betriebe Unternehmers Menschenliebe.

Quakel (siehe Zeichnung) dehnt seine weiche Birn' und gähnt, denn er denkt, daß sich indessen alle Einheitsfrontler fressen.

Victor Kalinowski.

daß für die ersten 10 Prozent der Mehrleistung die Tariffsätze etwa um 25 Prozent, für die folgenden 15 Prozent etwa um 40 Prozent erhöht werden, während die weitere zusätzliche Leistung schon eine Erhöhung der Sätze um 80 Prozent vorzieht. Falls die Arbeiter unter Tage während eines Monats voll gearbeitet und ihr Monatspensum erfüllt haben, bekommen sie 10 Prozent Zuschlag zu den Tariffätzen. Für die Arbeiter unter Tage, die unter besonders ungünstigen Bedingungen arbeiten müssen, werden die Tariffätze um 10 bis 25 Prozent erhöht.

Außerdem bringt die Verordnung noch eine grundsätzliche Änderung in das Lohnsystem hinein. Die Entlohnung der Arbeiter beim Leerstehen der Maschinen nach dem Durchschnittslohn und dem vollen Tariffatz wird abgeschafft. Die Arbeiter, die das Leerstehen unmittelbar verursacht haben, werden über-

Der Braunkohlenmarkt.

Der Braunkohlenbergbau hat in der Hauptsache binnenwirtschaftliche Bedeutung, denn seine Ausfuhr betrug im letzten Kalenderjahr 1,59 Mill. To. Briketts bei einer Produktion von rund 34 Mill. To. Die Kohlbraunkohle dient überhaupt nur nationalwirtschaftlichen Zwecken, weil wegen des hohen Gehaltes stütziger Bestandteile nicht weiter transportiert werden kann. Auch die Braunkohle leidet unter der Krise. Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung in den letzten Jahren:

Braunkohlenförderung (in 1000 To.).

| Jahr | Produktion | Verbrauch | Reserve | Zusammen |
|------|------------|-----------|---------|----------|
| 1929 | 23 042 | 34 504 | 25 873 | 1 347 |
| 1930 | 19 499 | 27 001 | 24 189 | 1 144 |
| 1931 | 15 481 | 25 707 | 20 458 | 892 |

Braunkohlenbriketterzeugung (in 1000 To.).

| Jahr | Produktion | Verbrauch | Reserve | Zusammen |
|------|------------|-----------|---------|----------|
| 1929 | 6 328 | 7 843 | 5 947 | 76 |
| 1930 | 5 198 | 5 777 | 5 498 | 55 |
| 1931 | 4 063 | 5 974 | 4 709 | 24 |

Die Braunkohlenförderung im ersten Halbjahr 1931 war gegen dieselbe Zeit des Vorjahres 9,795 Mill. To. — 13,63 Prozent und 22,228 Mill. To. — 26,22 Prozent niedriger als im ersten Halbjahr 1929. Die Braunkohlenbriketterzeugung sank um 1,53 Mill. To. — 9,54 Prozent gegen das erste Halbjahr 1930 und 5,429 Mill. To. — 26,87 Prozent gegen das erste Halbjahr 1929.

Auch im Braunkohlenbergbau verminderte sich die Belegschaft von 94 700 Mann im Juni 1929 auf 74 078 Mann im Juni 1931. Das ist ein Rückgang von 20 622 Mann — 21,76 Prozent. Die Bestände auf den Braunkohlenbergwerken ließen sich im Juni auf 500 000 To. Briketts. Der Abfall der Braunkohlenbriketts wird durch die große Arbeitslosigkeit stark behindert, da es, wie schon ausgeführt, in der Hauptsache ein Hausbrandfeuermittel ist. Hunderttausende von Familien müssen sich aus Sparfamkeitsgründen mit einer kalten Wohnung im Winter begnügen, ohne Rücksicht auf die gesundheitlichen Folgen.

Das Bild, welches von der Lage im Kohlenbergbau gegeben wurde, offenbart den härtesten Druck der Wirtschaftskrise. Die Lage wird verschärft durch die ungezügelter Konkurrenz durch die Kohlenmärkte. Nur durch eine internationale Verständigung über den Absatz und die Erlöse kann nach unserer Überzeugung die Lage im deutschen und europäischen Kohlenbergbau gebessert und wieder stabil werden.

Heinrich Löfller
in Der deutsche Volkswirt. (Nr. 48 1931).

haupt nicht entlohnt. Aber auch bei Arbeitsausfall ohne Verordnungen der Arbeiter werden nur 50 Prozent der Tariffätze bezahlt. Obgleich wird die durch Verordnungen der Arbeiter produzierte Ausschüttung nicht bezahlt. Also Strafe für „unreine“ Kohle!

Für die „Dejzjaniki“ — die niedrigsten Verwaltungskategorie — wird vom 1. Oktober ab ein Monatsgehalt von 17 bis 250 Rubel, je nach dem Umfang und dem Charakter der Arbeit, festgesetzt. Für die Erfüllung bzw. „Mehrfüllung“ des Programms wird der „Dejzjanik“ mit einer monatlichen Prämie bis zu 50 Prozent des Gehalts entlohnt. Also die verpönten Antreiberprämien!

Für die Ingenieure und die Angestellten in der Verwaltung wird das monatliche Gehalt je nach ihrer Eignung sowie dem Umfang der Arbeit und der Beschaffenheit der Schichten mit 300 bis 700 Rubel festgesetzt. Besonders hervorragende Fachleute dürfen Extragehälter beziehen. Die Ingenieure und das technische Personal sollen pro Vierteljahr mit bis zu 50 Prozent des Gehalts, falls das Programm erfüllt, und bis zu 100 Prozent, falls das Programm überstiegen ist, prämiert werden.

Die Verordnung sieht eine Erhöhung der für die Entlohnung in der Kohlenindustrie des Donezbeckens bestimmten Summe um 30 Prozent vor. Von diesen zusätzlichen Mitteln sollen 13 Prozent für die Änderungen und Erhöhungen der Tariffätze und 57 Prozent für die Durchführung des Akkords verwendet werden.

Das außerordentlich große Produktionsprogramm der Kohlenindustrie zwingt die Sowjetregierung, die Arbeitsintensität mit allen Mitteln zu steigern. Die neue Verordnung kann den Arbeitern wohl eine Erhöhung des Verdienstes bringen, andererseits aber werden sehr große Ansprüche an die Arbeitskräfte des einzelnen gestellt. Der Kampf gegen die „Gleichmacherei“ die Förderung des Akkordsystems, die Nicht- oder Minderentlohnung während des Arbeitsausfalls und für die Erzeugung der Ausschüttung — all das zeigt, daß in der Sowjetunion die Interessen der Arbeiter immer mehr hinter die Interessen der Produktion gestellt werden.

Anfälle im preußischen Bergbau im zweiten Vierteljahr 1931.

Der preußische Bergbau verlangte auch im zweiten Vierteljahr erschreckende Opfer. 17 310 Bergarbeiter wurden verletzt und davon 177 getötet. Auf die Oberbergämter verteilt, sieht Dortmund mit 8688 Verletzten und 100 Toten an erster Stelle. Es folgen Breslau mit 4111 Verletzten und 35 Toten, Bonn mit 2882 Verletzten und 21 Toten, Halle mit 1260 Verletzten und 20 Toten und Clausthal mit 349 Verletzten und 1 Toten.

Nach Bergbauarten gesehen, ergibt sich folgendes Bild: Der Steinkohlenbergbau forderte 15 002 Verletzte und 145 Tote, das sind auf 1000 Bergarbeiter 18,3 Verletzte und 0,5 Tote. Davon entfielen auf

| Bergbauart | Verletzte | Tote | auf 1000 Bergarbeiter |
|-------------------|-----------|------|-----------------------|
| Obererschlesien | 2745 | 14 | 74,8 |
| Niedererschlesien | 1199 | 19 | 62,8 |
| Niederrhein | 225 | 3 | 41,6 |
| Westfalen | 8549 | 97 | 40,4 |
| Unter-Rhein | 492 | 5 | 37,6 |
| Machen | 1792 | 7 | 72,8 |

Die anderen Bergbauarten wiesen folgende Ziffern auf:

| Bergbauart | Verletzte | Tote |
|------------|-----------|------|
| Braunkohle | 1330 | 21 |
| Erzbergbau | 660 | 8 |
| Salz, Kali | 197 | 2 |
| Erdoil | 57 | — |
| Sonstiges | 64 | 1 |

Die Zahl der im Steinkohlenbergbau Verletzten, die länger als vier Wochen arbeitsunfähig blieben, belief sich auf 588.

Stala der Wirtschaftskrise.

P. Z. Man kann die Entwicklung zu der jetzigen großen Weltkrise in folgende Etappen einteilen, die sich nicht immer in zeitlichem Nacheinander, sondern auch teilweise gleichzeitig, aber räumlich nebeneinander vollzogen:

1. Die unnatürliche und fabelhafte Maschinenisierung, Rationalisierung und Technisierung im amerikanischen Wirtschaftsraum während des Krieges als zwangsläufiges Geschehen, da Amerika ja gewissermaßen zum Weltlieferanten geworden war, weil die europäischen Staaten, dem Kriegshandwerk obliegend, als Lieferanten auf dem Weltmarkt ausschieden und in die Rolle der Nur-Abnehmer hinüberwechselten.

2. Hinüberwachen dieses Prozesses der unnatürlichen Maschinenisierung, Rationalisierung und Technisierung in den europäischen und besonders deutschen Wirtschaftsraum als zwangsläufiges Geschehen nach dem Kriege zur Wiedergewinnung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber Amerika auf dem Weltmarkt, als die ehemaligen kriegführenden Staaten wieder ihre Soldaten in die Fabriken schickten und sich nach Absatzmöglichkeit für deren Produkte umsehen mußten.

3. Dieser nun allgemein durchgeführte Prozeß der Maschinenisierung, Rationalisierung und Technisierung schuf einen Zustand der industriellen Überfüllung, das heißt einen industriellen Produktionsmechanismus, der eine bedeutend größere Menge Waren zu produzieren erlaubte, als bei der vorhandenen Kaufkraft abgenommen werden konnte.

4. Darans erwuchs der Zwang zu teilweiser Stilllegung von Produktionsstätten und damit zu Arbeiterentlassungen und weiterer Schwächung der Kaufkraft.

5. Dieser Prozeß spiegelte eine scheinbare Unrentabilität des investierten Kapitals vor und raubte den (Weld-)Kapitalbesitzern das Vertrauen zur weiteren Investierung (langfristige Anlegung) von Kapital in industriellen Raum.

6. Diese Gesamtentwicklung (zweist in Amerika, dann in der Weltwirtschaft allgemein) drängte das anlagelustige Kapital aus seiner Rolle der rein industriellen Ausweitung heraus und auf den Weg der Technisierung und Maschinenisierung des landwirtschaftlichen Raumes (künstliche Fruchtbarmachung).

7. Dieser Prozeß schuf nun auch eine gewaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivkraft, damit eine ungeheure Vermehrung und ein analog steigendes Angebot von Agrarprodukten.

8. Weil die Kaufkraft der übrigen Welt aber nicht in gleichem Maße gestiegen war, ergab sich zuerst ein gewaltiger Ueberfluß an Agrarprodukten, der einerseits zu beseitigen versucht wurde durch Vernichtung eines Teiles dieser Produkte, andererseits aber zu einem gewaltigen Preissturz führte, der nicht nur bei landwirtschaftlichen Produkten halt machte, sondern auch andere Rohstoffe mit sich riß. So kostete z. B. auf dem Weltmarkt:

| | Januar 1929 | April 1931 |
|-------------------------|-------------|------------|
| 1 Tonne Stabeisen . . . | 124,12 M. | 77,41 M. |
| 100 Kg. Zinn . . . | 147,36 M. | 211,00 M. |
| 100 Liter Erdöl . . . | 7,21 M. | 4,44 M. |
| 100 Kg. Baumwolle . . . | 187,23 M. | 89,54 M. |
| 100 Kg. Weizen . . . | 20,84 M. | 10,35 M. |
| 100 Kg. Kupfer . . . | 187,97 M. | 89,17 M. |
| 100 Kg. Wolle . . . | 468,40 M. | 225,19 M. |
| 100 Kg. Zucker . . . | 18,80 M. | 10,56 M. |
| 100 Kg. Kaffee . . . | 220,84 M. | 84,54 M. |
| 100 Kg. Kauchuk . . . | 186,72 M. | 57,24 M. |
| 100 Liter Benzin . . . | 10,69 M. | 5,61 M. |
| 100 Kg. Zink . . . | 52,76 M. | 21,21 M. |
| 1 Kg. Seide . . . | 51,11 M. | 23,61 M. |

9. Dieser fürchterliche Preissturz (gegen den sich die übrigen Länder durch Errichtung von Zollmauern bis jetzt schützten) hat

aber auch eine ebenso katastrophale Vernichtung der Kaufkraft in jenen Agrar- und Rohstoffländern herbeigeführt (was selbstverständlich ist, denn wenn jene Länder nur noch einen Bruchteil des Preises ihrer Produkte von vor zwei Jahren bekommen, können sie auch um soviel weniger andere Waren kaufen).

10. Da es sich bei diesen Agrar- und Rohstoffländern aber sozusagen um ganze Erdteile handelt (besonders Australien, Südamerika, Kanada, große Teile der Vereinigten Staaten Amerikas, Afrikas usw.), ist wiederum selbstverständlich, daß davon die ganze übrige Welt aufs schwerste betroffen werden mußte (Abfahrtsrückgang, Stilllegung, Arbeiterentlassung).

11. Der ungeheure Preis- und damit Einnahmeausfall der Agrarländer schuf daneben auch eine direkte Zahlungsunfähigkeit gegenüber den gewaltigen Kapitalgläubigern, die bei dem früheren hohen Preisstande zu der erfolgten Maschinenisierung, Technisierung und Chemisierung des landwirtschaftlichen Produktionsraumes investiert wurden.

12. Die Weltkreditgeber versetzten so einer empfindlichen Nervosität und überängstlichen Ueberwachung ihres im industriellen Produktionsraum investierten Kapitals in der festen Absicht, es lieber zeitig zurückzuziehen, als so wie in den Agrarstaaten, auf unabsehbare Zeit „einfrieren“ zu lassen.

13. Die erste (vorbeugende) Maßnahme war der Wechsel von dem System der langfristigen Kreditgewährung zu dem System der kurzfristigen Kreditgewährung, wodurch nun die Gefahr eines jederzeitigen plötzlichen Kreditzusammenbruchs gegeben war (was ohne weiteres verständlich ist, wenn man überlegt, daß die Gesamtsumme, die kurzfristig in der Weltwirtschaft angelegt war, vom Institut für Konjunkturforschung auf 50 Milliarden Mark geschätzt wird). Es kam hinzu, daß weitere 20 bis 30 Milliarden Mark der Wirtschaft völlig vorenthalten wurden und lediglich an den Weltbörsen der Spekulation verfügbar waren.

14. Der drohende Kreditzusammenbruch mußte kommen und ist gekommen in dem Moment, in dem durch irgendwelche Ereignisse den Weltkreditgebern ihr kurzfristig ausgeliehenes Geld gefährdet erschien. Diese Gefährdung war für sie gegeben, als die sozialwirtschaftliche Auswirkung der Weltkrise eine fortschreitende politische Radikalisierung großer Massen offenbarte (die in Deutschland in der nationalsozialistischen Bewegung und im Anwalt der bolschewistischen und in England durch den Matrosenstreik offenkundig wurde), weil die Vorkapitalisten darin die Möglichkeit politischer Umstürze erblickten.

15. Die Auswirkung dieser gewonnenen oder angenommenen Perspektive war ein überhastetes Zurückziehen großer Teile der kurzfristigen Kredite, was zur Zahlungsunfähigkeit der hauptsächlich hiervon betroffenen Staaten (Deutschland und England) führen mußte, was nur deshalb nicht zum Zusammenbruch (währungspolitisch gesehen) führte, weil bezüglich Deutschlands in „freiwilliger“ Vereinbarung eine Legalisierung zustande kam (Stilhalteabkommen) und bezüglich Englands in „freiwilliger“ Disziplin der an dem englischen Pfund interessierten internationalen Finanzwelt gegenüber dem Experiment der Loslösung von der Goldwährung, eine völlige Vernichtung des englischen Pfundes verhindert wurde.

16. Damit hat die Krisenentwicklung scharf an den Rand des Abgrundes geführt, weshalb hier nur noch die Frage offen bleibt: Wie führt nun der Weg wieder rückwärts, das heißt also in einen Zustand des wirtschaftlichen Aufstiegs?

Hierüber in einem weiteren Artikel, wobei wir nur die Möglichkeiten einer Wiederbelebung aufzeigen, ohne zu berücksichtigen, ob man gewillt ist, dieselben auszuschöpfen.

Die englische Finanzkrise und die Weltwirtschaft.

Die englische Finanzkrise hat eine Vorgeschichte, die wir kennen und eine Nachgeschichte, die wir noch nicht kennen, deren Ablauf aber dazu beitragen wird, dem herrschenden Wirtschaftssystem einen weiteren schweren moralischen Stoß zu verfehlen. Die Vorgeschichte beginnt im Jahre 1925, als nach jahrelangen Bemühungen es der Bank von England geglückt war, den Kurs des Pfund-Sterling auf die Vorkriegsparität heraufzubringen, nachdem die englische Währung durch jahrelange Kriegsausgaben und Kriegskredite den ersten tödlichen Stoß erhalten hatte. Aber es zeigte sich, daß die alte Goldparität, d. h. die frühere Bewertung des Pfund-Kurses im internationalen Zahlungsvorgang nicht mehr einbar wieder erreicht war. In der Gestaltung und in der bürokratischen Notierung der englischen Währung war nämlich eine auffallende Unsicherheit eingetreten, der Kurs litt an anhaltender Schwäche und es bedurfte immer wieder neuer internationaler Stützungsmanöver, um ihn hochzuhalten. England hatte 1925 seine Währung zu hoch stabilisiert bei einem gleichzeitig sehr hohen Preisniveau. Dies zeigte sich erst in den folgenden Jahren andauernder Depression, die eben nur aus diesem Umstand sowie aus dem knapp gehaltenen Geld- und Kreditmarkt zu erklären war. Aber man brachte dieses Opfer dem Prestige der englischen Valuta und man erhielt als Gegenwert das internationale Vertrauen in die sagenhafte „Bonität“ der englischen Finanzen. Das ging aber nur solange gut, als dies Vertrauen keinen Stoß erhielt. Als aber in Vesterreich im Mai d. J. der erste Währungsfuß fiel, als die Wiener Kreditanstalt mit Zahlungseinstellung drohte, da begann die Lawine des internationalen Mißtrauens sich in Bewegung zu setzen, und sie hat nun auch England erreicht. Unter ihr verschwand bestend die „Stütze der Weltfinanz“, das Pfund-Sterling und damit die Großmachtstellung englischer Finanziers. Die „Pfund-Baisse“, sagen die bürgerlichen Zeitungen zurückhaltend. Sie wissen, daß es mehr ist, daß ein Begriff aufgehört hat zu existieren.

Das Kapital befindet sich seit Beendigung des Krieges in einer unaufhörlichen widersinnigen Bewegung. Es stürzt aus den kapitalarmen Ländern, durch politische und finanzwirtschaftliche Direktiven geleitet, in kapitalstarke Länder, in Länder mit starker Währung und starkem Kapitalmarkt. Frankreich hat über 9 Milliarden Mark Gold, die Vereinigten Staaten 20, aber England und Deutschland nur etwa je 2,5 Milliarden Mark in ihren Notenbanken. Und dieses an sich unnatürliche Verhältnis verkehrt sich dauernd weiter zum Nachteil der beiden letztgenannten Länder. Das so oft befungene „sinnvolle“ privatwirtschaftliche Wirtschaftssystem setzen nicht in der Lage zu sein, eine Besserung dieses Zustandes herbeizuführen, im Gegenteil taten seine Vertreter alles, um diese Mißstände noch weiter zu verschärfen. Sie kündigten in allen kapitalstarken Ländern die dort kurzfristig investierten Kredite und vollendeten damit den Zustand der Anarchie. Sie schritten über die Zahlungsunfähigkeit der deutschen Banken und über den Sturz der englischen Währung zur Sicherung ihrer eigenen profusitätigen Interessen und sie legten damit selbst die Art an die Wurzel ihres Wirtschaftssystems. Durch die mangelhafte Verteilung des Geldes und die ausländischen Kreditkündigungen in Verbindung mit der Kapitalflucht „patriotischer“ Kapitalisten verurteilt, begann eine systematische Zerrüttung der europäischen Währungen und auch der übrigen Welt. Heute kann nur noch der nordamerikanische Dollar und der französische Frank als Stütze im Sinne der Geldwahrung gelten. Die Währung der skandinavischen Länder sind dem englischen Beispiel gefolgt, die italienische Lire, der schweizer Frank, die ungarische, die südlawische, die ägyptische, die türkische und die holländische Währung sowie die einiger überseeischer Länder beginnen mehr oder weniger bedrohlich zu schwanken. Bedeutende Bankhäuser in Holland, Schweiz und Frankreich geraten in Zahlungsschwierigkeiten. Es sind Vorgänge, die in der Geschichte der Weltwirtschaft ohne Parallele gehen.

Und nun die anderen Folgen der englischen Währungschwäche: Bekanntlich besteht eine enge Beziehung zwischen der Kaufkraft des Geldes und der Höhe der Preise. Bei sinkender Kaufkraft des Geldes steigen nämlich die Preise und umgekehrt, denn in entwerteter Währung kostet die Ware mehr. Die erste Folge der englischen Währungschwäche war ein Ansteigen der Preise aller Produkte an den Börsen in England. Nur einige seien genannt: Kupfer stieg um 28, Zinn 19, Zink 30, Blei 50, Silber 53, Baumwolle 30 bis 40 Prozent je nach Herkunft, Kauchuk 28 und Zucker 25 Prozent. Aktien, besonders schwerindustrielle, zeigten eine stark steigende Tendenz. Kurz, die Verwirrung der englischen Märkte, die Unsicherheit in der Beurteilung einzelner Positionen ist offenkundig. Und was wird mit dem englischen Außenhandel, was mit dem ungeheuren Netz des englischen Kreditwesens, der englischen Handelsfinanzierung? Ein Ereignis, wie die Loslösung der englischen Währung von der Goldbasis, wirkt nicht nur auf die Warenmärkte. Es trägt durch den Umstand, daß das englische Pfund als internationaler Verrechnungsbasis bei vielen Handelsprodukten allgemein gilt und durch die Schwierigkeit der gegenseitigen Aufrechnung von Forderungen und Schulden in einer so entwerteten Valuta ein solches Moment der Unsicherheit in die handelsrechtlichen und handelspolitischen Beziehungen der Welt, daß man heute noch in allen Ländern vorangeführten Rätseln steht. Es ist ja nicht damit getan, daß England nun billiger exportieren kann als Deutschland oder Frankreich, sondern der Außenhandel fast aller Länder der Welt wurde durch Londoner Banken im Wege des Wechselkredits finanziert (Rembours-Kredite). Alle diese Länder stehen heute vor der Frage: Wer wird hier künftig an Stelle von London diese Kredite vermitteln können, wenn Paris und New York weder Neigung, noch die nötige Erfahrung für dieses Geschäft besitzen. Diejenigen, die in England die Herabsetzung empfohlen, werden die aus egoistischen Gründen erstrebte Erleichterung des englischen Warenhandels wohl bestärkt finden. Anders aber wird es mit den internationalen Krediten gehen, denn hier ist für die englischen Kapitalisten kein Vorteil zu holen. England ist Gläubigerland, es hat mehr Geld im Ausland als ausländische Schulden. Diese Forderungen aber, die England an das Ausland hat, sind jetzt um rund 25 Prozent entwertet, und das wird den englischen Kapitalisten wenig Freude bereiten.

Man mag das Problem der englischen Währungsfrage fassen wie man will, sie droht die heute schon unübersehbare Lage der Weltwirtschaft in ein Chaos zu verwandeln, wenn die Leiter des internationalen Kapitals nicht in letzter Stunde einen Weg aus dem Wirrwarr finden, in das sie die Welt durch ihre eigene Schuld verstrickt haben. Aber möge die weitere Entwicklung der Dinge sein welche sie wolle: das, was sich seither ereignet hat, hat den Weg freigemacht für die klare Erkenntnis, daß das System, nicht die Symptome kuriert werden müssen, wenn die Menschheit endlich einmal zur Ruhe kommen soll. Nicht das Pfund-Sterling ist zerrüttet, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem, das in solche Katastrophen geführt hat. Nur eine Lösung gibt es aus dem Wirrwarr der tödlichen Schwierigkeiten: das ist der Weg der Banken- und Kapitalkontrolle, der Aktienrechtsreform und der Stärkung der Arbeiter- und gewerkschaftlichen Interessen, der zum Ziel der sozialistischen Planwirtschaft führt.

Dr. W. N.

Eine ernste Mahnung an die Reichsregierung.

ADGB und Afa-Bund veranstalteten am 25. September im alten Herrenhaus in Berlin eine eindrucksvolle Kundgebung gegen Arbeitslosigkeit, für Arbeitsbeschaffung.

Ueber Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung sprach Franz Epliedt, Vorstandsmitglied des ADGB. In ersten Worten ermahnte er die Regierung, für Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn, durch Straßenbau usw. tätig zu sein. Der auf den Gemeinden liegende Druck muß durch geeignete Maßnahmen gemildert werden. Unetragliche Verschwendung bedeuten die direkten und indirekten Subventionen an die Landwirtschaft. Vernünftige Agrarpolitik kann die Lebenshaltung gewaltig verbilligen, statt dessen zerstört unsinnige Lohnpolitik die Kaufkraft der Arbeiterklasse immer mehr. Abkehr von bisheriger Kartellpolitik ist notwendig, weil sie im Inland die Ware verteuert und sie ins Ausland verschleudert. Der freiwillige Arbeitsdienst droht zu einer neuen Gefahr für den Arbeitslohn zu werden. Arbeitszeitverkürzung muß in den Dienst der Arbeitsbeschaffung gestellt werden. Die Vierhundertstunde könnte 700 bis 800 000 Arbeiter wieber in die Betriebe zurückführen.

Bernhard, der Vorsitzende des Bauwerksbundes, sprach über die Bauwirtschaft in der Krise. Der allgemeine Produktionsrückgang beträgt ein Viertel bis ein Drittel, im Baugewerbe aber bis zu 60 Prozent. Im August waren im Durchschnitt 34 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, im Baugewerbe aber 62,5 Prozent. Maurer waren arbeitslos 3,4 Prozent im August 1928, 7,4 Prozent im August 1929, 40,8 Prozent im August 1930 und 69 Prozent im August 1931. Auf alle Bauarbeiter kommen im Durchschnitt nur 10 bis 12 Wochen Arbeit im Jahre, 300 000 Bauarbeiter haben seit mehr als einem Jahre keine Arbeit. Trotz der durch die Wirtschaftsnot erzeugten Einsparungen besteht das dringende Bedürfnis nach 600 000 neuen Wohnungen. Dazu kommt der Neubedarf durch Ehe-schließung usw., so daß amtlich die Notwendigkeit zugegeben wird, mindestens 350 000 Wohnungen im Jahre zu erstellen. Wenn heute Wohnungen leerstehen, so nur wegen der hohen Preise, deshalb ist Bau kleinster Wohnungen notwendig. Das Unterlassen von Straßenbauten wird sich in wenigen Jahren durch hohe Unterhaltskosten rächen. Ausbau von Wasserkraften, Schuttdämme gegen Hochwasser usw. können viel Arbeit liefern, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch staatspolitisch von höchster Bedeutung ist.

Hauszinssteuer und Bauwirtschaft behandelt der Ministerialdirektor Meyer vom Preussischen Wohlfahrtsministerium. Die Beseitigung der Hauszinssteuer würde eine erträgliche Wohnungswirtschaft völlig unmöglich machen. Unternehmergruppen vertreten die Forderung der Beseitigung der Hauszinssteuer, weil sie glauben, daß Mietentungen größeren Lohnabbau ermöglichen. Hausbesitzer und Hypothekendarlehen wollen die Mittel der Hauszinssteuer den Hausbesitzern als Gewinn zuschlagen, und auch mancher Mieterorganisationen glauben, daß die Beseitigung der Hauszinssteuer billigere Mieten und damit besserer Lebenshaltung bringen würde. Die Hauszinssteuer ist aber nicht zu entbehren. Sie beträgt 15 bis 48 Prozent; statt der erwarteten 3 Milliarden sind aber in den Jahren ohne Krise noch nicht 2 Milliarden eingekommen. Im Jahre 1930 waren es 1600 Millionen, in diesem Jahre rechnet man nur mit 1200 bis 1300 Millionen Mark. Durch die Inflation haben die deutschen Sparer 40 bis 50 Milliarden Mark verloren. Wenn die Hausbesitzer diese Hypotheken heute noch mit 4 bis 5 Prozent verzinsen müßten, wären ihre Lasten größer als sie es heute sind. Eine Reform der Hauszinssteuer wäre möglich, das Aufkommen dürfte aber nicht sinken, so wenig wie der Anteil für die Wohnungswirtschaft. 50 Millionen Mark aus der Hauszinssteuer sind erforderlich für Zins- und Mietzuschüsse, die auf Jahre hinaus zugestagt sind. Instandhaltung von Altwohnungen, Teilung von großen Wohnungen erfordern ebenfalls 50 Millionen. Vorgriffe der Gemeinden auf die Hauszinssteuer haben 250 bis 300 Millionen in Anspruch genommen, deshalb können heute die Gemeinden die Neubautätigkeit nicht fördern. 120 bis 150 Millionen sind nach Ansicht des Reichsarbeitsministeriums mindestens jährlich erforderlich für die Zwecke der ländlichen Siedlung. Dabei ist die Siedlung am Stadtrand noch ganz unberücksichtigt. Aus all diesen Gründen ist die Hauszinssteuer auf Jahre hinaus noch nicht zu entbehren.

Ueber die Siedlungsfrage sprach der Ministerialdirektor Krüger vom Preussischen Landwirtschaftsministerium. Er schätzte, wie durch eine vernünftige Siedlung die landwirtschaftliche Produktion gesteigert, Deutschlands Nahrungsmittel-einfuhr gemindert und die Landwirtschaft kaufkräftiger für Industrieerzeugnisse gemacht werden könnte.

Das sogenannte Wirtschaftsprogramm wird zeigen müssen, ob die Regierung willens und fähig ist, solchen vernünftigen Ratsschlüssen zu folgen.

Arbeitervertreter über die Wirtschaftsform. Die Demagogie der Weltzeitungen.

In den letzten Wochen machte ein Artikel die Runde durch die gesamte Dintapresse, in dem mit Zitaten aus den Reden der früheren Reichswirtschaftsminister Wiffell und Schmidt (beide bekannte freie Gewerkschaftsführer und Sozialisten) bewiesen werden soll, daß diese beiden im Jahre 1919 gegen eine Veränderung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems gewesen seien und damals schon verkündet hätten, daß gemeinwirtschaftliche Bestrebungen sowie planmäßig geleitete und kontrollierte Wirtschaft nur großen Schaden bringen könnten und deshalb abgelehnt werden müßten. In dem Artikel heißt es:

„Herr Wiffell sprach am 7. März 1919 in der Nationalversammlung folgendes:

„Der Staat ist kein geeigneter Träger der Wirtschaft; er soll und kann die oberste Aufsicht führen, der oberste Sachwalter der Gesamtheit sein, Interessengegenstände mit Weisheit und Gerechtigkeit ausgleichen. Aber er soll mit seinen starren Formen, mit seinen ehelichen, aber auch oft läppischen Manieren nicht in das feine System von Andern und Ueberlebens eingreifen, das dem Volkskörper die nahrunggebenden Säfte zuführt. Das geschäftliche Handeln soll er im Rahmen der im Interesse des Volksganzen gebotenen Notwendigkeiten denen überlassen, die vermöge ihrer Zugehörigkeit zu dem betreffenden Wirtschaftszweige Verständnis für die Bedürfnisse desselben besitzen und bei denen auch das Gefühl der Verantwortlichkeit für das Gedeihen dieses Wirtschaftslebens durch die Verbindung mit den eigenen Interessen geschärft ist.“

Weiter: „Gemeinwirtschaft heißt Zentralisation. Zentralisation birgt die Gefahr der Bürokratie in sich und kann, gewollt oder ungewollt, ganz oder teilweise das Aufheben des Wettbewerbs zur Folge haben. Durch Bürokratie geht die Feinfühligkeit für die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Anpassungsfähigkeit an diese verloren. Darunter leidet dann das wirtschaftliche Ergebnis. Mit dem Wettbewerb vermindert sich ein starker Ansporn zum technischen und wirtschaftlichen Fortschritt. Darunter leidet wiederum das wirtschaftliche Ergebnis. Der Gesetzgeber muß diese Gefahr in Rechnung stellen, wenn er nicht in den Fehler verfallen will, daß man zwar die Schäden der freien Wirtschaft durch eine gemeinwirtschaftliche Regelung beseitigt, gleichzeitig aber das Gesamtergebnis der Wirtschaft beeinträchtigt... Wir sehen die Notwendigkeit vor, die aufgestellten wirtschaftlichen, sozialpolitischen und finanzpolitischen Forderungen der Gemeinwirtschaft nur bis zu der Grenze zu verfolgen, an der sie eben aufhört, dem Gemeininteresse der Wirtschaft zu nützen, und beginnt, ihm zu schaden.“

Wer das so liest, kann wirklich glauben, daß Wiffell damals gegen jede gemeinwirtschaftliche oder sozialistische orientierte Organisation der Wirtschaft gewesen wäre. Daß das nicht zutreffen kann, beweist schon die Tatsache, daß diese Ausführungen einer Rede — zusammenhanglos — entnommen sind, mit der Wiffell damals als Reichswirtschaftsminister das von der Regierung vorgelegte Gesetz über die Einführung der Kohlen-gemeinwirtschaft begründete. Daß er nicht ein solches Gesetz begründet haben kann damit, daß er gegen Gemeinwirtschaft redete, wird wohl ohne weiteres auch schon dem dümmsten Dintapfeiler begreiflich erscheinen. Und was Wiffell mit den vorzitierten Worten tat, war nur eine Polemik gegen jene Auffassung, die dem Staat als solchem, also der jeweiligen Regierung, die dem Staat als solchem die Macht über Wirtschaftsfragen einräumen wollte. Wiffell forderte die Selbstverwaltung der Betriebe durch die in der Wirtschaft Tätigen, also in erster Linie der Arbeiterschaft. Er stellte deshalb in der gleichen Rede, aus der die Dintapresse zitiert, folgende Frage:

„Was bedeutet nun deutsche Gemeinwirtschaft?“

Wiffell gab auch sofort die Antwort:

„Sie bedeutet die organische Eingliederung und Einordnung der einzelnen wirtschaftlichen Unternehmungen in die Gesamtheit des Reiches, die Unterordnung der privatwirtschaftlichen Interessen unter die Interessen der Gesamtheit. Die Anwendung dieses allgemeinen Betriebes auf den Einzelfall muß den individuellen Verhältnissen der verschiedenen Wirtschaftsgebiete sich anpassen. Nichts würde verfehlter sein, als eine Schablonisierung der Wirtschaft. Jede Wirtschaftsgruppe ist ein Organismus eigener Art, der nach individuell angepaßten Formen verlangt. Anknüpfung an historische Gewohnheiten, an die äußere Methode der Vereinigung, wie sie die kapitalistische Wirtschaft in Kartellen und Syndikaten ausgebildet hat, erscheint uns geboten. Aber der Geist, der in solchen Organisationen herrscht, muß aus der Sphäre rein privatwirtschaftlicher Betrachtung zur Verantwortlichkeit gegenüber dem Volksganzen, zur gemeinwirtschaftlichen Idee emporgehoben werden.“

Und nach dieser Definition sagt er dann weiter:

„Gemeinwirtschaft bedeutet nicht Staatswirtschaft, sondern Selbstverwaltung.“

Und daran anschließend folgen erst die Ausführungen, die im ersten Abschnitt des obigen Zitats aus der Dintapresse stehen. Damit ist erwiesen, daß die Dintapresse mit der Art ihrer Darstellung wissenschaftlich Betrug gegenüber ihren Lesern treibt.

Daß Wiffell Gemeinwirtschaft in der Form einer Staatswirtschaft mit Recht ablehnte, muß jeder Arbeiter anerkennen, wenn er sich vorstellt, was das bedeuten würde, wenn die jetzige reaktionäre Brüning-Regierung völlig Herr über das Wirtschaftsleben wäre.

Was im zweiten Abzug des Zitats in der Dintapresse steht, ist selbstverständlich nach dem bisher Gesagten. Wiffell sagt nicht, daß die dort angeführten Nachteile mit Gemeinwirtschaft verbunden sein müssen, sondern können. Und deshalb bezeichnete er es nur als Pflicht des Gesetzgebers, solche Nachteile durch eine richtige gesetzliche Regelung möglichst zu vermeiden. Gibt es überhaupt etwas Selbstverständlicheres?

Daß der Genosse Schmidt ein Verteidiger des Privatkapitalismus gewesen sei, sucht die Dintapresse durch folgende Worte aus einer seiner Reden zu beweisen:

„Ich halte nichts von der gebundenen Wirtschaft. Ich glaube, daß wir in einer Zeit, wo alles bereit ist, dem Zwang zu unterliegen, auch unser Wirtschaftsleben nicht aufs neue in einen Zwang hineinzupressen können und ihm Fesseln schmeiden dürfen. Die Arbeiter überschätzen, glaube ich, auch den Einfluß in allen den Organisationen, die da in Aussicht gestellt waren. Denn die Frage für die deutschen Arbeiter ist doch schließlich am letzten

Ende nicht allein die Höhe des Lohnes, sondern die Sicherung ihrer Rechtsstellung muß von der Gesetzgebung garantiert werden, und die ist heute durch die soziale Gesetzgebung ihnen garantiert. Deshalb nehmen sie heute im Produktionsprozeß eine bessere und einflußreichere Stellung ein.“

Diese Worte von Schmidt bezogen sich auf ganz bestimmte Forderungen, die den damaligen (1919) Verhältnissen entsprachen. Sie sind entnommen aus einer Antwort, die Schmidt in seiner Eigenschaft als Reichswirtschaftsminister gab auf eine Interpellation der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Schmidt hat mit obigen Worten nur zum Ausdruck gebracht, daß er nichts davon halte, daß die gesamte Wirtschaft in dem Zustande, in dem sie sich damals (mit- te im Zusammenbruch) befand, in Zwangsformelle zusammengefaßt und unter Kontrolle gestellt würde. Daß er aber damit nicht grundsätzlich und für immer gegen Gemeinwirtschaft und kontrollierte Kartelle war, beweisen folgende Worte, die er in der gleichen Rede hielt:

„Wenn wir unser Wirtschaftsleben wieder in Gang bringen können, werden wir auch die gesunde Grundlage finden für weitere zukunftsreiche Pläne und Aufgaben. Sie wissen, ich stehe auf dem Standpunkt: wenn die großkapitalistische Entwicklung Formen gezeitigt hat, wo das Allgemeininteresse nicht mehr gewahrt, wo die ganze Organisation unseres Wirtschaftslebens eigentlich beiseite geschoben, die freie Konkurrenz aufgehoben wird, so daß private Monopole bereits einsehen, daß dann der Zeitpunkt gekommen ist, eine Monopolorganisation herbeizuführen. Auch da, wo besonders günstige Verhältnisse vorliegen,

Mechanisierung und Rationalisierung im Bergbau.

Ein Kamerad schreibt uns:

Auf unserer Reichskonferenz in Bochum wurde vom Vorsitzenden unseres Verbandes darauf hingewiesen, daß im Laufe der letzten Jahre 700 000 Bergarbeiter entlassen worden sind. Wie sich doch die Zeiten wandeln, denn in den ersten Jahren nach dem Kriege wurde die Parole herausgegeben: „Alle verfügbaren Kräfte in den Bergbau! Wir müssen Kohlen ausführen! Kohle ist noch der einzige Wertgegenstand, womit wir wieder Geld beschaffen können!“ Es wurden Bergmannsiedlungen gebaut, eine Abgabe pro geförderter Tonne Kohle beschlossen, um all die Reutlinge im Bergbau unterzubringen. Heute ist das alles über den Haufen geworfen.

Man muß einmal einen Rundgang durch einen großen Betrieb machen wie den unserigen, um die obengenannte erschütternde Zahl zu verstehen und auch sofort zu erkennen, daß viele von diesen früheren Bergleuten nie wieder in den Bergbau hineinkommen, selbst wenn demnächst ein gewaltiger Konjunkturaufschwung kommen sollte.

Gehen wir zunächst zum Kesselhaus. Hier wurden vor einigen Jahren in jeder Schicht 60 bis 70 Menschen an den Stockkesseln beschäftigt. Heute hat man noch einige Wanderrostkessel, aber auch diese sind überholt, weil teilweise die Staubfeuerungen eingeführt ist. Es werden dort noch 8 bis 10 Mann beschäftigt. Die vom Kesselhaus abzweigenden Dampfleitungen waren früher das Schmerzenskind eines jeden Betriebleiters, weil sich fortgesetzt undichte Stellen zeigten und Dampf unverbunden verlorenging. Heute kennt man keine Flanschen und Dichtungen mehr, die jetzigen geschweißten Rohrleitungen sind dicht, lassen keine undichte Stellen mehr zu. Die vielen Reparaturarbeiten fallen ganz weg. Hier werden ungeheure Summen für Ersatzmaterial und Arbeitslöhne gespart.

Auf der Bühne daselbe Bild. Auch hier wurden in jeder Schicht früher etwa 60 Menschen beschäftigt; heute noch 12 bis 15. Das Auf- und Abziehen von Förderkorb geschieht durch Druckluftvorrichtungen. Kettenbahnen, Ab- und Aufstauberge sorgen dafür, daß die Förderwagen ohne Menschenkraft ihrem Bestimmungsort zugeleitet werden. Genau wie die Weichensteller an der Eisenbahn, bedienen einige junge Leute die Stellwerks-

und wo wir im Interesse unseres Gemeinwesens eine Monopolorganisation für das Bessere halten, sollen wir dazu übergehen. Man hat mir gesagt — und in der Presse ist das vielfach aufgeleuchtet —, das wäre ja im wesentlichen nur eine Umformung von der privatkapitalistischen in die fiskalische Verwaltung. Das hat eine gewisse Berechtigung. Aber ich mache geltend: es ist ein großer Unterschied, in welchen Händen eine solche Machtbefugnis liegt, ob ein autokratischer Staat diese Machtbefugnisse in der Hand hat, ein Staat, in dem die wirtschaftlichen Interessentengruppen einen starken gebieterischen Einfluß haben, oder ein demokratisches Staatswesen, wo auch die Arbeiter zur Geltung kommen und das Gesamtinteresse ganz anders gewahrt werden kann, als das früher der Fall gewesen ist. Das ist der große Unterschied des fiskalischen Einflusses und des Ueberlebens in fiskalischem Besitz, daß ich das Privatinteresse des Kapitals, die kapitalistischen Interessen ansichle und hier den Nutzen, der solchen Unternehmungen entspringt, der Allgemeinheit zur Verfügung stelle. Das empfinden auch die Arbeiter.“

Klarer und deutlicher läßt sich wohl die Politik der freien Gewerkschaften, die von der Dintapresse durch ihre Zitate verurteilt werden sollte, nicht rechtfertigen. Wir sind der Dintapresse dankbar, daß sie uns durch ihren Artikel Gelegenheit gegeben hat, zu beweisen, daß die Gewerkschaften von jeher eine völlig klare Grundanschauung von den Dingen besaßen und nur der Fehler darin liegt, daß die Unternehmer der Gewerkschaftspolitik den stärksten Widerstand entgegen setzen und die Arbeiter leider zum großen Teile unorganisiert sind und nicht in den Gewerkschaften helfen diesen Widerstand zu brechen, damit die Bahn frei würde zu einer wirklichen „Volkswirtschaft“.

Explosionen in Brikettfabriken.

In Nr. 35 der „Bergbau-Industrie“ brachten wir gelegentlich der Schilderung der Kohlenstaubexplosion im Brikettwerk der Roddergrube bei Köln einige Betrachtungen über die Gefährlichkeit des Braunkohlenstaubes und über die Explosionsursachen. Insbesondere haben wir zum Ausdruck gebracht, daß Brände in



Durch Kohlenstaub zerstörte Brikettfabrik der Grube Anna in Zschippkau bei Senftenberg.

Brikettfabriken nichts Seltenes sind und daß ihre Behandlung allergrößte Vorsicht erfordert, weil es sonst sehr leicht zu Explosionen mit verheerenden Wirkungen für Menschen und Material kommen kann. Am selben Tage, als diese Zeilen niedergeschrieben wurden, und zwar am 22. August, erfolgte eine neue Kohlenstaubexplosion im Senftenberger Gebiet, und zwar im Brikettwerk II der Grube Anna in Zschippkau. Zwei Tote und mehrere Schwer- und Leichtverletzte waren das Resultat. Das Fabrikgebäude wurde arg zerstört, wie das beigelegte Bild zeigt. — Wir werden uns mit dem Fall noch besonders zu beschäftigen haben, weil nach uns zugegangenen Mitteilungen die Explosion durch jahrelängige Behandlung eines festgestellten Brandes verursacht sein soll.

vorrichtungen auf der Ladebühne. Die automatische Kohlenkipprichtung wird ebenfalls durch Druckluft bedient. Derselbe Mann hat gleichzeitig die 2600 Wagen Kohlen, die von den einzelnen 115 Kohlen-gewinnungspunkten gefördert werden, anzuschreiben. Im eigentlichen Tagesbetrieb, ohne Kesselhaus, sind bei gleicher Förderung 100 Arbeiter weniger beschäftigt als 1926. Errechnet man den Wohnungszinn, so ergibt sich folgendes: 100 Arbeiter verdienen täglich durchschnittlich 600 M. Das sind bei 300 Arbeitstagen 180 000 M. Wohnungszinn in einem Jahre.

Wendet man sich nun dem Grubenbetrieb zu, so findet man daselbe Bild. Auf der Fördersohle mechanische Aufschlebevorrichtungen, Ab- und Aufstauberge. Die Wagen bewegen sich auch hier fast ohne Menschenhand. Die Förderzüge, die früher mittels Zugketten verbunden wurden, werden heute durch an den Wagen befestigte Kuppelungen leicht gelöst und zusammengekuppelt. Früher mußte ein Förderaufseher, der zugleich Zugbegleiter war, die Zugketten vom alten Zug abhängen, zu anderen Seiten des Schachtes tragen, um dieselben wieder zum Zusammenstellen des letzten Zuges zu benutzen. Bei dieser Arbeit gingen viel solcher Haken verloren. Zwei Schmiebe waren notwendig, um die abhanden gekommenen oder defekten Zugketten zu ergänzen. Auch die Förderaufseher oder Zugbegleiter kennt man heute nicht mehr.

Im Revier angekommen, hört man schon von weitem die Abbauhämmer ihren nervenzerrüttenden Rärm verbrüten. Die Arbeit wird das Lebensalter der Bergarbeiter nicht geben. Abseits reflexlos wird heute die Kohle auf diese mechanische Art gewonnen. Im Nebengestein sorgt der Bohrhämmer dafür, daß der lang-Bohrer sich bei ohrenbetäubendem Rärm ins Gebirg hineinschneidet. Die dabei sich entwickelnden Staubmengen zerstören dem Bergmann die Lungengewebe. Die Silikose, wie man die dadurch entstehende Bergmannskrankheit (Staublungse) nennt, bezeichnet man auch als den weißen Tod im Bergbau. Oft sind 30- bis 40jährige Bergleute von dieser Krankheit betroffen und damit dem Tode geweiht.

Die Kohlenbetriebe sind heute im Schrägbau meist sehr hoch. Die Abbauhämmer erleichtern heute gegen früher die Arbeit. Nicht mehr früher in der Kohle schiefen, dann war es erforderlich, mit einem Handstangenbohrer sich ein 6 bis 8 Fuß tiefes Loch mit der Hand zu bohren. An diese Arbeit denken die alten Hauer mit Schreden zurück, manche Hand ist dabei beschädigt worden. Blasen und blutige Finger hat es bei dieser Tätigkeit sehr oft gegeben. Es wurden nach der Umwälzung kleine Turbinen eingeführt, die in wenigen Minuten die sonst so gefährliche Arbeit erledigten. Heute ist zweifellos in dieser Hinsicht ein Fortschritt zu verzeichnen.

Kommt man in einen Aufschubetrieb, so stellt man ein genaues planmäßiges Arbeiten fest, z. B. in der Morgenschicht werden von acht Mann etwa 180 Wagen Kohlen geliefert. Die Mittagschicht verkehrt die Steine, die Nachtschicht baut die Aufschubung und im Schichtwechsel arbeitet die Schrämmaschine. Die gelieferten Stempel sind schon angeschärft von der Schreinerzerei über Tage, ebenfalls sind hier die acht Fuß langen Schalholzer schon mit Druckbolzen benagelt worden, so daß die Hauer nur mit ihren Abbauhämmern ein kleines Standloch ins Liegende machen alles andere wird fertig zur Arbeitsstelle geliefert. Vor solchen Betriebspunkten werden pro Mann und Schicht 7 bis 8 Wagen Kohlen geliefert. Dem Schreiber dieser Zeilen sagte im Jahr 1923 der Betriebsführer: „Hätten wir doch nur eine Tonne Leistung, dann wären wir gerettet.“ Heute ist die Grubenleistung 1,82 Tonnen, aber mit der Leistung ist man noch nicht zufrieden.

An den Transportschächten hat man heute auch kleine Aufschlebevorrichtungen, die die Auf- und Abfahrbearbeitung erleichtern. In der Sohle macht der Schlepper ebenfalls die Arbeit allein, er schiebt die Wagen ab, die von selbst den Ablaufberg hinunterlaufen und schiebt die leeren oder Steinwagen auf. Die starken elektrischen Lokomotiven werden 40 bis 50 beladenen Wagen zum Schacht gebracht.

Im Rahmen eines solchen Aufschubetriebes kann man nur gedrängt einige Fragen streifen, aber die Öffentlichkeit muß darauf eingestellt werden, daß damit zu rechnen ist, daß Hunderttausende aus Schacht und Hütte nie wieder die alten Arbeitsstätten werden einnehmen können. Auch für den Zutrom von den ländlichen Gebieten ist heute im Industriegebiet keine Aufnahme-fähigkeit mehr vorhanden und wird auch niemals wieder kommen. Es ist Aufgabe aller maßgebenden Stellen, für die Abgebauten und jugendlichen Erwerbslosen Mittel und Wege zu finden, damit für sie anderweitig Lebensbedingungen geschaffen werden.

41. Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit **vom 4. bis 10. Oktober 1931**

Aus dem Ruhrrevier. Im Namen des Volkes!

Privatklage des Geschäftsführers Edmund Graf in Essen, Justusstraße 29, Privatklägers, gegen
1. den Bergmann Ludwig Vogt in Essen-Vorbeck, Bocholder Straße 91;
2. den Redakteur Hermann Schroer in Essen, Mäjerstraße 20;
3. den Redakteur Franz Janowski in Essen, Seminarstraße 1,

Angeklagte, wegen Beleidigung.
Das Amtsgericht in Essen hat in der Sitzung vom 18. April 1931, an der teilgenommen haben Amtsgerichtsrat Overesch als Amtsrichter, Justizdiätar Brendel als Urhundsbeamter der Geschäftsstelle, für Recht erkannt:
Es werden verurteilt:
Der Angeklagte Vogt wegen Beleidigung in einem Falle zu 100 RM., der Angeklagte Schroer wegen Beleidigung in zwei Fällen zu je 100 RM., insgesamt zu 200 RM.

An die Stelle der Geldstrafen tritt ersatzweise für je 5 RM. ein Tag Gefängnis.
Die Kosten des Verfahrens haben die beiden Angeklagten Vogt und Schroer zu tragen.
Dem beleidigten Privatkläger Graf wird die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils binnen einer Frist von drei Wochen nach der Rechtskraft des Urteils auf Kosten der Verurteilten je einmal öffentlich bekanntmachen zu lassen im „Ruhr-Echo“ (Essen), in der „Volkswacht“ in Essen und in der „Bergbau-Industrie“ (Bochum).

Zwei interessante Urteile.

In der letzten Sitzung fällte das Arbeitsgericht M h e i n e zwei günstige Urteile für organisierte Arbeiter. Zunächst klagten durch den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands und den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter 46 Kameraden gegen die Berginspektion Ibbenbüren auf Zahlung einer Feiertagsentschädigung wegen Annahmeverzug. Der Tatbestand war folgender:
Am 22. Juli war eine Störung im Schacht der Zeche Deynhausen. Infolgedessen mußte die Mittagschicht dieser Zeche feiern. Die Nachtschicht wurde aber schon mittags für abends zur Arbeit bestellt. Zur gewohnten Zeit erschien denn auch die Nachtschicht zur Arbeit. Beim Markenempfang wurde der Belegschaft mitgeteilt, daß die Anfahrt auf dem Theodorschacht stattfinden würde. Dieser Schacht liegt allerdings 40 Minuten vom Demnhäuser Schacht entfernt. Früher wurde bei solchen Schachtförderungen die Belegschaft mittels Lastwagen zu der neuen Anfahrtsstelle geführt. Diesmal ordnete der Fabrikseiger Waternann an, daß die Belegschaft den Weg zu Fuß machen sollte. Wegen dieses Weges entstand nun der Kampf zwischen der Zecheverwaltung und der Belegschaft. Die Zechebeamten, die in bedeutend leichter Kleidung sind als die Bergarbeiter, liefen den fraglichen Weg in gut 30 Minuten, dagegen brauchten die Knappen mindestens 40 Minuten. Es gibt Bergarbeiter, die über ihren Anzug einen wasserdichten Gummianzug tragen, da sie die ganze Schicht im Wasser liegen müssen. Daß diese in ihrer schweren Kleidung mehr Zeit zum Gehen eines solchen Weges gebrauchen, ist selbstverständlich. Als die Mehrzahl der Belegschaft am fraglichen Abend auf dem Theodorschacht anlagte, wurde ihnen die Anfahrt verweigert, indem ihnen mitgeteilt wurde, der Fabrikseiger habe angeordnet, wer um 9.30 Uhr nicht auf Theodorschacht sei, könne nicht anfahren. Die Beamten suchten sich einige Bergleute, wie Aufseher, Schießmeister usw. aus, und alle anderen mußten nach Hause gehen.

Wegen dieser Feiertagschicht war seitens der Verbände für ihre Mitglieder Klage erhoben, die in der fraglichen Sitzung verhandelt wurde. Obwohl die Zecheverwaltung sich alle Mühe gab, den Beweis zu erbringen, daß bei gutem Willen der Belegschaft diese pünktlich hätte an der angeordneten Arbeitsstelle sein können, entschied das Gericht zugunsten der Kläger. Das Urteil geht davon aus, daß die Belegschaftsmitglieder bis 9 Uhr ihre Marke in Empfang nehmen konnten. Alsdann brauchten die Bergleute ungefähr 10 Minuten zum Wechseln der Kleidung, so daß dieselben um 9.10 Uhr den Zecheplatz verlassen konnten. Bis zum Theodorschacht beträgt der Weg 3 Kilometer, den die Bergleute in ihrer schweren Kleidung, wie das Gericht annahm, in 30 Minuten nicht zurücklegen konnten. Die Seilschicht hätte nach Ansicht des Gerichts mindestens bis 9.50 Uhr dauern müssen, während die Zecheverwaltung zugibt, um 9.37 Uhr die Seilschicht eingestellt zu haben. Das Klageobjekt beträgt 18 RM., so daß die Berufungsfähigkeit gegeben ist, aber das Gericht hatte die Berufungsfähigkeit wegen der grundsätzlichen Frage besonders ausgesprochen. Die unorganisierten Bergleute erhalten die Schicht nicht bezahlt.

Ein zweiter Fall wurde an demselben Morgen verhandelt. Ein Schwerbeschädigter, der Mitglied der RGD ist, klagte auf Zahlung des Tariflohnes. Seit Dezember 1929 arbeitete derselbe auf einer hiesigen Schachtanlage. Die Klagesumme beträgt 183 M. Der Vertreter der Beklagten wandte ein: Wir haben einen Mantel- und Lohnvertrag abgeschlossen mit dem Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands und dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, und nur deren Mitglieder haben Anspruch auf die zwischen uns vereinbarten Löhne. Da der Kläger keinem der beiden Verbände angehört, hat er auch keinen Anspruch auf den Tariflohn. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Beklagtenvertreters an und wies die Klage ab. Der Klägervertreter, ein bekannter Kommunist, mußte tiefverleibt abziehen, der Richter belehrte ihn aber auch, daß er nicht noch einmal zum Arbeitsgericht kommen brauche, da er grundsätzlich nicht mehr zugelassen würde.

Aus diesen beiden Urteilen geht hervor, daß die Gewerkschaften doch noch Wert haben. Deshalb: hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Aus dem Bezirk Aachen. Die Bergarbeiter des Wurmreviers zum Lohnkonflikt.

Am 27. September hatte der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Aachen) seine gesamte Mitgliedschaft in zehn sehr stark besuchten Versammlungen zusammengefaßt, um in der gegenwärtigen Lage durch den Mund der be-

rufenen Führer Bericht über die Tätigkeit der Organisation zu geben. Die Versammlungen fanden statt in Alsdorf, Baesweiler, Streiffeld, Palenberg, Koblischke, Hüchelshoven, Morsbach, Bergarath, Mariadorf und Langerwehe. Als Referenten waren führende Kameraden der Hauptverwaltung erschienen. In ihren Referaten gingen sie näher ein auf die Wirtschaftskrise, deren Ursachen und ihre Auswirkungen, insbesondere für den Bergbau. Die Untragbarkeit der Lohnabbauforderungen wurde beleuchtet, die Notwendigkeit und Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung nachgewiesen und die Bedeutung der Organisation für die Besserung der Arbeiterlage betont.

Die Vorbereitungsarbeit der Versammlungen zeigte so recht die Schlagfertigkeit der Organisation und ließ die „Auch-Klassenkämpfer“ nicht ruhen, das Ihrige dazu beizutragen, die Arbeiterschaft auf kommunistische Art und Weise „aufzuklären“. Besonders wichtig ist dazu nach Lenin jedes Mittel recht. So scheute sich auch ein bezahltes Subjekt, welches die Versammlung in Streiffeld beglückte, nicht, unter falschem Namen als Bergarbeiter aufzutreten. Die ganze Art und Weise seines Auftretens, das Anreden der Kameraden mit „Kollegen“ kennzeichnete ihn gleich als Lockpfeil und machte es dem Versammlungsleiter und dem Referenten sehr leicht, mit ihm und seinem Geschwätz fertig zu werden. Der „Held und Barrikadenkämpfer“ jog es dann vor, unter dem Gelächter der Versammlung zu verschwinden. Wie wichtig die RPD die Versammlungen des Bergbauindustriearbeiterverbandes schätze, ist daraus zu erkennen, daß der angeblühte Herr Hele mit dem Auto vorkuhr und jedenfalls aus einer der nächsten Großstädte stammte.

Wahrscheinlich, jedoch, größere Störungsversuche wurden in Mariadorf gemacht, wo man versuchte, den Schluß der Versammlung zu beeinträchtigen. Mit solchen Mitteln dient man wirklich nicht dem Interesse der Arbeiterschaft und bei den freien Gewerkschaften ist in dieser Weise überhaupt nichts zu erben.

Die Eschweiler Versammlung zeigte ganz besonders die Klare und entschiedene Abgabe an die sogenannte revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) und die Parolen des „Einheitsverbandes“ durch den Sprecher der Belegschaft, Kameraden Klein. Dieser wies in herber Art die Parolen der Ruffaktisten zurück und wies an Hand eigener Erlebnisse nach, daß die größten Schreiber bei Aktionen ständig im Hintergrund blieben. Solche Arbeiterführer müßten bestraft werden wegen Verbrechens an der Arbeiterschaft. Die Versammlung bekannte, daß Kamerad Klein allein aus dem Herzen gesprochen hatte.

Recht erfreulich war der Versammlungsbefuch in Langeweh e, wobei in Anbetracht der sehr weiten Zugangswege zum Versammlungsort (die Kameraden sind teilweise drei und vier Stunden zu Fuß gegangen) diese riesige Teilnahme besonders hoch zu schätzen ist. Auch hier wurden kommunistische Methoden aufs entschiedenste zurückgewiesen.

Aus dem Saarrevier.

Die Saargruben im ersten Halbjahr 1931.

Förderung, Leistung und Arbeitstage.

| Monat | Staatsgrube | Grube Frankholz | Förderung insgesamt | Kohleprodukte | Durchschnittl. Schichtleistung | Produktion pro Kopf | Jahr der Arbeitstage |
|----------------|-------------|-----------------|---------------------|---------------|--------------------------------|---------------------|----------------------|
| Januar | 175 087 | 31 305 | 1 014 482 | 21 609 | 45 822 | 876 | 22,14 |
| Februar | 165 255 | 37 009 | 970 354 | 19 909 | 45 977 | 889 | 21,10 |
| März | 1 018 972 | 42 103 | 1 061 138 | 21 421 | 45 894 | 880 | 23,12 |
| April | 893 708 | 35 358 | 1 022 126 | 20 225 | 46 595 | 895 | 21,94 |
| Mai | 915 167 | 33 561 | 948 721 | 21 344 | 44 858 | 870 | 21,15 |
| Juni | 850 144 | 32 645 | 881 789 | 20 769 | 44 141 | 873 | 20,20 |
| Jahresf. | 5 688 393 | 220 224 | 5 908 617 | 126 077 | 45 572 | 879 | 129,65 |
| 1. Halbj. 1930 | 6 617 245 | 253 685 | 6 870 930 | 144 563 | 48 454 | 881 | 142,42 |

Die Wirtschaftskrise hat auch die Saargruben in stärkster Weise erfaßt. Die Förderung der Saargruben ist um 992 313 To. geringer als im ersten Halbjahr 1930. Die Staatsgruben haben 958 852 To. weniger gefördert. An Schichten sind 12,77 weniger verfahren als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Leistung pro Kopf hat sich nicht wesentlich geändert. Die Kohleproduktion weist einen Rückgang von 18 489 To. (fast eine Monatsproduktion) auf. Vorstehende Zahlen sind ein Beweis, daß das größte Kohleneinfuhrland, Frankreich, als Besitzer der Saargruben, keine Maßnahmen zum Schutze des eigenen Bergbaues ergreift. Die Förderung verteilt sich wie folgt: Selbstverbrauch 538 259 To., Deputatkohlen 166 559 To., Lieferung an Kohlerzei 189 961 To., Kohlenverkauf 4 810 129 To., Gesamtabsatz 5 704 903 Tonnen.

Die Haldenbestände haben sich um 203 709 To. oder um 5 Förder-schichten vermehrt. Dazu hat die Belegschaft in den sechs Monaten an 19 Schichten feiern müssen. Die Feiertagschichten haben einen Lohnverlust von 40 Mill. Fr. zur Folge. Im Jahre 1930 wurden bereits 18 Feiertagschichten eingelegt, so daß innerhalb anderthalb Jahren die Saarbergarbeiter 39 Tage oder anderthalb Monate nicht gearbeitet haben.

Neben dem starken Abwärtsrückgang nach Frankreich ist ein solcher auch nach den deutschen Absatzmärkten zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 1930 betrug der Absatz nach dem Reich 483 511 To., 1931 noch 447 575 To.

Haldenbestände und Feiertagschichten.

| Monat | Haldenbestand | | | Feiertagschichten |
|---------|---------------|--------|-----------|-------------------|
| | Kohle | Stoffe | Insgesamt | |
| Januar | 274 311 | 12 504 | 286 815 | 3 |
| Februar | 284 496 | 9 781 | 294 277 | 3 |
| März | 324 781 | 9 263 | 334 044 | 3 |
| April | 390 537 | 15 031 | 405 568 | 2 |
| Mai | 421 083 | 15 705 | 436 788 | 3 |
| Juni | 451 964 | 13 305 | 465 269 | 3 |

Belegschaft der Saargruben.

| Monat | Unter Tage | Ueber Tage | Rechenbetriebe | Arbeiter insgesamt | Ange-stellte und Beamte | Gesamt-personal |
|----------------|----------------|------------|----------------|--------------------|-------------------------|-----------------|
| | Ende Juni 1931 | 41 090 | 11 631 | 2 909 | 55 630 | 3 300 |
| Ende Juni 1930 | 42 909 | 12 523 | 2 880 | 58 315 | 3 375 | 61 690 |
| Weniger 1931 | -1 819 | -895 | + 29 | -2 655 | - 65 | -2 721 |

Die Belegschaft der Saargruben ist in dauerndem Abgelenken. Das Gesamtpersonal einschließlich der Beamten betrug Ende Juni 1920: 74 345, 1925: 75 746, 1930: 61 315 und 1931: 58 969. Die Zahl der Arbeiter hat seit Juni 1930 um weitere 2655 abgenommen. Unter den 55 660 Arbeitern entfallen 2415 auf die Grube Frankholz, so daß die Belegschaftsziffer der Staatsgruben noch 53 245 beträgt und den Friedensstand unterzritten hat.

Lohnentwicklung.

Nach der amtlichen Ermittlung des Oberbergamtes betragen die Bruttolöhne:
Vollhaue r im Gedinge: ohne Familienzulage mit Familienzulage
2. Vierteljahr 1930 44,86 Fr. 48,36 Fr.
2. Vierteljahr 1931 41,16 Fr. 45,02 Fr.
Durchschnitt aller Arbeiter unter und über Tage:
2. Vierteljahr 1930 40,86 Fr. 43,70 Fr.
2. Vierteljahr 1931 38,22 Fr. 41,38 Fr.

Die Löhne wurden in der Berichtszeit ab 1. März und 1. Mai reduziert. Der Lohnrückgang beträgt nach der amtlichen Ermittlung im 2. Vierteljahr 1931 gegenüber derselben Zeit des Vorjahres:
ohne Familienzulage mit Familienzulage
Hauer 3,70 Fr. 8,2 % 3,34 Fr. 6,9 %
Gesamtbelegschaft 2,64 Fr. 6,4 % 2,32 Fr. 5,3 %

Unfälle ereigneten sich im 1. Vierteljahr 1931: 1828 (davon tödlich 15), mit mehr als vier Wochen Arbeitsunfähigkeit 378; im 2. Vierteljahr 1931: 1667 (davon tödlich 10), mit mehr als vier Wochen Arbeitsunfähigkeit 381; insgesamt: 3495 (davon tödlich 25), mit mehr als vier Wochen Arbeitsunfähigkeit 759.
Der Anfang des zweiten Halbjahres zeigt im Abfall der Saarkohle, trotzdem der französische Staat eine kontingental Regelung der Kohleneinfuhr vorgenommen hat, keine Besserung. Die Feiertagschichten haben noch stärker eingelegt. Die Lage der Bergarbeiter verschlechtert sich durch Verringerung ihres Einkommens, während die Preise sich auf der bisherigen Höhe halten.

Fritz Stemmler gestorben.

Am 15. September d. J. ist in der Berion des Kameraden Fritz Stemmler aus Niederwürzbach eines der ältesten Mitglieder des Verbandes im Saargebiet gestorben. Im Jahre 1906 wurde Stemmler Mitglied und konnte vor wenigen Wochen auf sein 25jähriges Verbandsjubiläum zurückblicken. Ein Ungenügend raffte den langjährigen Kämpfer im noch lebensfrohen Alter von 51 Jahren dahin. Fritz Stemmler war in der Gewerkschaftsbewegung an der Saar allgemein bekannt. Er diente der Bewegung als langjähriger Sicherheitsmann der Grube St. Ingbert, war Vorsitzender der Zahlstelle Niederwürzbach und mehrmals Delegierter zur Generalversammlung. Längere Jahre Mitglied der Bezirkskommission, gehörte er bis zu seinem Tode der Revisionskommission des Bezirks an.
Das Andenken Fritz Stemmlers werden wir stets in Ehren halten!
Die Bezirksleitung.

Der Arbeiterauschuh der Grube Belsen gegen die RGD-Verleumdung.

Der Arbeiterauschuh der Grube Belsen besteht in seiner Mehrheit aus Mitgliedern des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter. Die kommunistische RGD verfuhr mit allen Mitteln, in der Belegschaft und im Verbandsauschuh Einfluß zu gewinnen. Die Bemühungen sind an der gewerkschaftlichen Ueberzeugung bisher ergebnislos geblieben. Lediglich ein Mitglied des Ausschusses, Herr Bach, hat sich als RGD-Mann verbessert. Da der Ausschuh für die RGD-Ideale nicht zu gewinnen war, verfuhr es der „Einheitsverband“ mit der Verleumdung des Arbeiterauschusses in seinem Organ.

In Abwehr der RGD-Verleumdungen erklärt der Arbeiterauschuh der Grube Belsen in einer einstimmig gefaßten Entschließung an die Adresse der RGD-Arbeiterzeitung:
„Im Kampfe gegen Mißstände steht der Ausschuh einig und geschlossen bis auf einen Außenseiter, welcher der RGD angehört. In dessen Ableitung müssen die von ihm geschickten Mißstände sehr stark in Erscheinung treten. Wir raten ihm, sich für Beseitigung derselben einzusetzen, was für die Arbeiterschaft jedenfalls mehr wert ist, als aus dem Hinterhalt mit Dreck zu schleudern.“

Der Ausschuh wird auch in Zukunft unter Führung des Dommanns, dem wir unser volles Vertrauen schenken, mit aller Entschiedenheit gegen alle Mißstände den schärfsten Kampf führen. Der Ausschuh lehnt es aber ab, zum Gefallen einiger Leute eine Wahnsinnsproklamation zum Schaden der Belegschaft zu treiben und weiß sich, darin einig mit 99 Prozent der Belegschaft. Er ist sich auch einig, daß ein erfolgreicher Kampf gegen alle Mißstände und für ein höheres Lebensniveau der Arbeiterschaft nur mit einer einig fest geschlossenen Belegschaft geführt werden kann. Dazu trägt aber die Zersplitterungsarbeit solcher Leute nicht bei, welche mit dem Munde die Einheitsfront bauen und in der Praxis Keile in die Belegschaft treiben.

Wir rufen der Belegschaft zu: Helf mit uns, für diesen Kampf die ideologischen Voraussetzungen zu schaffen. Das ist wirklicher Dienst an der Arbeiterschaft!

Der Ausschuh der Grube Belsen.

Aus Mittelddeutschland. „Streit! Streit! Streit!“

Der Streit ist die schärfste Waffe der organisierten Arbeiter im Kampfe um Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Es kommt nur darauf an, von wem und zu welcher Zeit dieses Mittel angewendet werden kann, damit es von den Unternehmern ernst genommen wird. Heute hört man das Wort „Streit“ alle Tage von verantwortungslosen Leuten, ohne das es von den Arbeitern bzw. Unternehmern beachtet wird. Die Folge davon ist, daß dies Wort zum Schlagwort herabgewürdigt wird und von gewissen Leuten, die sich auch „Führer“ der Arbeiter nennen, nur dazu benutzt wird, den bankrotten RPD-Laden wieder flottzumachen. Für den Arbeiter selbst bedeutet die Herausforderung zum Streit die Zersplitterung, und für den Unternehmer Erfolg. Der letztere sieht sich seinen Ziele näherkommen. Denn nur gestützt auf die Zerrissenheit der Arbeiterklasse verfuhr er, das bankrotte kapitalistische System zu halten. Jedem vernünftigen Arbeiter aber ist es klar, daß nur Geschlossenheit und Disziplin der gesamten Arbeiterklasse dieses System zum Sturze bringen kann. Daher sind die Machenschaften der Moskauer Drahtzieher, durch Verleumdungen der Gewerkschaften und demagogische Versprechungen an die Arbeiter, diese zum Streiten aufzuputten, ein Verrat an der Arbeiterklasse. Welche Folgen für die Arbeiter entstehen, die solchen Parolen folgen, beweisen die 3000 Ruhrbergarbeiter, die anläßlich des vorletzten Kampfes der kommunistischen Wahnsinnsproklamation zum Opfer fielen und völlig isoliert, ohne Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung, von den noblen RGD-Führern ihrem Schicksal überlassen wurden.

Auch für das Geiseltal wurde am 20. September eine neue RGD-Streitparole geschmiedet. Spätestens am 24. September sollte der Streit im gesamten Geiseltal beginnen. Man unternahm sogar den Versuch, die freigewerkschaftlichen Betriebsräte des größten Werkes im Geiseltal, der Michaelwerke, für diese hinverbrannte Idee zu gewinnen. Die Arbeiter hatten aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der freigewerkschaftliche Betriebsrat ließ sich nicht als Mittel zum Zweck für die RGD benutzen, insbesondere konnte er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, die Belegschaft ins Unglück zu stürzen.

Dies kimmerte aber die RGD. und die RPD. weniger; sie be-
riefen sich von sich aus eine Belegschaftsversammlung ein, an
der sage und schreibe viele Belegschaftsmitglieder teilgenommen
haben! Die übrigen 15 Belegschaftsbesitzer waren Fremde
und Arbeitslose. In solch einer Versammlung besitzt die RGD,
noch die Dreifachheit, zum Streik aufzurufen! In den Betriebs-
ratsführungen sind die RGD-Vertreter nicht so revolutionär, son-
dern bitten den Herrn Direktor um die gütige Erlaubnis,
„etwas sagen zu dürfen“! Vielleicht hat die RGD, bei
der Direktion auch um die Genehmigung des Streiks nachge-
sucht. Diese Gelegenheit wird sich die Betriebsleitung nicht ent-
gehen lassen und dabei gleichzeitig eine Betriebsübernahme durch-
führen. Jedenfalls sind die Streikparolen der RGD. und RPD.
eine grenzenlose Dummheit und Strupelossittlichkeit!

Die Bergarbeiter mögen hieraus die Schlussfolgerung ziehen
und sich das Beispiel aus dem Ruhrkampf (3000 Opfer der RGD.)
stets vor Augen halten. Es gibt nur eine Möglichkeit, seine In-
teressen wirksam vertreten zu wissen, und zwar, indem sich alle
Bergarbeiter in ihrer Berufsorganisation, dem Verband der
Bergbauindustriearbeiter Deutschlands organisieren.

Funktionärkonferenz in Mansfeld.

Am 30. September fand in Helbra eine von 200 Funk-
tionären besuchte Konferenz der am Tarifvertrag für Mansfeld
beteiligten Organisationen statt. Bezirksleiter Reddigau gab
einen Bericht über die derzeitige Situation, wie wir sie in Mans-
feld vor uns sehen.

In der vergangenen Woche wurden die Organisationen ein-
gelenkt vom Reichsarbeitsministerium zu einer Aussprache ein-
geladen, in der seitens des Vertreters des Reichsarbeitsmini-
steriums mitgeteilt wurde, daß die Verhandlungen zwischen der
Mansfeld UG., dem Reich und dem preussischen Staat bis zu
einem gewissen Abschluß gekommen seien. Reich und Staat
hätten sich entschlossen, unter gewissen Voraussetzungen neue
Opfer zu bringen, um durch das Zusammenwirken von Mans-
feld, Reich und Staat sowie der Belegschaft die Weiterführung
der Betriebe sicherzustellen. Das sehe aber voraus, daß der
monatliche Verlust von rund 800 000 M., den Mansfeld zur Zeit
hat, von allen Beteiligten getragen werden muß. Die Beleg-
schaft müsse 250 000 M. von diesem Verlust übernehmen. Dies
würde einer Lohnminderung von 12 Prozent entsprechen. Der
übrige Teil wäre dann von der Mansfeld UG., dem Reich und
Staat zu tragen. Die Organisationen haben nach diesem Vor-
schlag erklärt, daß sie erst mit ihren Funktionären und Mit-
gliedern Fühlung nehmen müßten, um eine Entscheidung fällen
zu können.

In der Aussprache, die nach diesen Ausführungen ein-
setzte und mehrere Stunden währte, wurde von allen Rednern
betont, daß eine weitere Lohnreduzierung zur Verelendung
führen müsse. Es wurde nachstehende Entscheidung angenom-
men:

„Die am 30. September 1931 in Helbra tagende Funktionär-
konferenz der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen hat
Kenntnis genommen von der von Reich und Staat der Mans-
felder Arbeiterschaft zugemuteten weiteren enormen Lohnredu-
zierung von 12 Prozent. Damit wäre die völlige Verelendung
der Mansfelder Arbeiter besiegelt.“

Die Konferenz fordert von den Regierungen, daß sie, die
Millionen und aber Millionen zur Stützung der Danabank usw.
übrig hatten, auch der Mansfeld UG. Subventionen gewähren,

die einen weiteren Lohnabbau und damit die Verelendung der
Mansfelder Arbeiterschaft verhindern.

Die Konferenz ersucht die Regierungen, zu untersuchen, ob
die in der Presse veröffentlichten Kiesegehälter der Direktoren
von Mansfeld UG. tatsächlich gezahlt werden, und falls dies zu-
trifft, auf eine Reduzierung hinzuwirken.

Die Organisationsleitungen werden beauftragt, weitere Ver-
handlungen zu führen.“

Gelichterte Mansfeldverhandlungen.

Unttrag auf Stilllegung.

Verhandlungen über die Lohnfrage in Mansfeld am
2. Oktober verliefen ergebnislos. Für die erweiterte Subventio-
nierung hatten die Ministerien die Bedingung gestellt, daß ein
Lohnabbau von 12 Prozent eintrete. Die Gewerkschaftsvertreter
erklärten, nur bis 7 Prozent gehen zu können.

Die Mansfeld-UG. hat dann sofort einen
Stilllegungsantrag gestellt.

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co.
Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Ein Buch über Daumier. Die Büchergilde Gutenberg hat
vor zwei Jahren mit der Prämie „Mitsanobu“ für die Werbung
eines Mitgliedes so große Erfolge erzielt, daß sie darangehen
konnte, eine Prämie für die Werbung von zwei Mitgliedern zu
schaffen. Dieses Buch ist jetzt erschienen: „Daumier“, reich illu-
striert, Text von Eric Knauf. Es darf wohl gesagt werden, daß
dieses Buch eine beachtliche Leistung der Büchergilde Gutenberg
darstellt. Das Buch hat das Format und den Umfang der Gil-
denbücher, bringt die wichtigsten Arbeiten Daumiers, etwa 150
Abbildungen, und trägt so dazu bei, diesen größten Karikaturisten
der Geschichte und den genialsten Zeichner des vorigen Jahr-
hunderts so bekanntzumachen, wie er es verdient. Die Neuer-
scheinung der Büchergilde wird sicher dazu beitragen, dieser Ge-
meinschaft wertvoller Buchleiter neue Mitglieder zuzuführen.

Bergarbeiter

Diesen Monat erscheint unser beliebte Taschen-
kalender für das Jahr 1932. Der Preis hierfür
wird ein niedrigerer sein als im vergangenen
Jahre. Wir bitten unsere Kameraden, sich nicht
anderweitig zu verschoren und schon jetzt eine
rege Propaganda zu entfalten. Bestellungen
nimmt H. Hansmann & Co., Bochum, entgegen.

Taschenkalender 1932

Laubenkolonie Erdengüld. Von Otto Bernhard Wendler.
Roman. 228 Seiten. Ganzleinen. 1931. Verlag: „Der Bücher-
kreis“ GmbH, Berlin SW. 61. Preis 4,80 M. — Ein Großstadt-
roman, der einfache Schicksale unpathetisch erzählt, Tragik und
Komik des Alltagslebens in den Lauben und Gärten am Rand
der Großstadt aufdeckt, aber auch mit frechem Humor an ernsthafte
Dinge herangeht. Da Wendler in enger Verbindung mit der
Arbeiterschaft lebt, schreibt er im Tonfall und Rhythmus einfacher
Menschen. Hierin liegt in erster Linie die Bedeutung des Ro-
manes: in dieser Geschlossenheit von Stil und Inhalt, in dieser
Selbstverständlichkeit, mit der Wendler das proletarische Milieu
innerlich verarbeitet, es zu dem feinen macht, um zu den einfachen
Menschen, denen seine Liebe gehört, sprechen zu können. Das Buch
verdient sicher weite Verbreitung, vor allen Dingen bei den Lau-
benkolonisten selbst.

UNSERE TOTEN

Es starben folgende Kameraden:
Bochum III. Am 24. August: Paul Schneider, seit 1900
Mitglied, langjähriger Funktionär.
Bochum IX. Am 16. September: Heinrich Bölle, 75 Jahre
alt, seit 1889 Mitglied.
Borken. Am 3. September: Heinrich Hartmann, 37
Jahre alt.
Essen - Frintrop. Am 11. September: Gottlieb Preuß,
49 Jahre alt.
Margloh II. Im Juli: Hugo Stumpf, 31 Jahre alt.
Marken. Am 10. September: Hermann Krause, seit 1902
Mitglied, langjähriger Funktionär.
Mülheim I. Am 10. September: Karl Terjung, fast
30 Jahre Mitglied, langjähriger Funktionär.
Niederrhein. Am 15. September: Fritz Stemmler,
51 Jahre alt, langjähriger Funktionär.
Pumpe-Stich. Am 6. September: Math. Küpper, 42
Jahre alt, seit 1919 Mitglied.
Ehre ihrem Andenken!

Verbandsnachrichten

Bücherrevision.

Bradel. Vom 1. bis 15. Oktober. — Herne II. Im Oktober.
— Bücher bereit halten!

Bibliothek.

Gladbek. Am 4. Oktober wurde unsere Bibliothek wieder
eröffnet. Die Ausgabe der Bücher erfolgt nun jeden Sonntag
von 10 bis 12 Uhr in der alten Lutherschule. — Kameraden! Wir
haben keine Mühe und Unkosten gescheut, um unsere Bibliothek
wieder instand zu setzen. In einem neuen Bücherkatalog ist alles
neu und übersichtlich geordnet. Nun liegt es an euch, dafür zu
sorgen, daß die Bibliothek weiter bestehen kann. Benutzt sie
fleißig und agitiert dafür!

Knappschäftsältestenkommission Gelsenkirchen.

Am Sonntag, dem 11. Oktober, vormittags 9,30 Uhr, im
Gewerkschaftshaus Gelsenkirchen: Quartalsversammlung.



GEG Kautabak
aus Deinem
Konsumverein
Nichts ist würziger!

**Billige böhmische
Bettfedern**
Nur reine gutfüllende Sorten.
1 Kilo: graue gefüllte mit
2,50, halbweiße mit 3, — wei-
ße mit 4, —, weiße mit 5, —
u. 6, —, dunkelweiße mit 7, —
u. 8, —, weiße Sorte mit 10, —
u. 12, —, weiße ungefüllte mit 10,50
u. 7,50, weiße Sorte mit 9,50
Bericht portofrei, vollfrei, gegen Nachnahme.
Küster J. Lintanich und Nachnahme geteilt.
Benedikt Hahnel, Lobes 209
bei Pilsen in Böhmen.

-Kleinfleisch!
Postkoll netto 9 Pfd. 3,15
Bastkoll 30 Pfd. 9,90
C. RAMM, Wurstfabrik
Kortorf (Holst.) 38.

100 Salz
5,50 Mk., 200 St. 10,50 Mk., 300 St. 15, — Mk.,
400 St. 19, — Mk. Größte feine Auslese
50 Pfd. Rollen u. 50 Pfd. Rollen od. 200 St.
5, — Mk. 120 Pfd. Rollen zum Einlegen 4,50 Mk.
H. Degener, Fischport, Swinemünde 11.

Grosser Preisabbau!
Prima Gänsefedern aus eigener Mühle zum Selbst-
schleifen, dampfgepresst und erhitzen Pfd. 2,50, aller-
beste Qualität 3,50, gefüllte gänse-
federn Pfd. 4,50 und 5, —
Prima-Daunen Pfd. 5, — u.
6,50, reine Daunen von 500
bis 1000 — gefüllt von 3,50
4,50 bis 7, —. Küster gratis. Ber-
icht erfolgt per Nachnahme, keine
Nachnahme auf eigene Kosten zulässig.
Günter Henke, Gänsemästerei,
Neutrebbin 7, (Oderbruch).

**Sie kaufen billig
direkt vom Fabrikanten!
Lieferung nur an Private.**

Willen Sie unser Angebot und Sie werden bestellen.
Bei Nichtgefallen der Ware erhalten Sie Ihr Geld
sofort zurück.

| Nr. | Preis per Meter | Breite | Hfg. |
|-----|--|--------|------|
| 21 | Vorhangstoff mit eingewebten breiten rotfarbenen Streifen | 65 cm | 8 |
| 22 | Gardinenstoff leicht indanthren- farbigen schönen Streifen, gold oder blau | 65 | 15 |
| 23 | Baumwollstoff ungebleicht, stark- färbig, fast unversüßl. Ware | 78 | 24 |
| 24 | Hemdstoff reinweiß, feinfädige gute Qualität | 50 | 25 |
| 25 | Hemdflanell, echt indanthren- farbig gestreift, sehr haltbare Qualität aus la Garn | 70 | 33 |
| 26 | Kacotisch reinweiß, besonders gute Qualität | 50 | 35 |
| 27 | Feinette reinweiß, einseitig geräuchert, kaffee Ware | 50 | 42 |
| 28 | Kleidervelour, vorzüglich. Stro- paziermasch, hübsche helle und dunkle Muster | 70 | 59 |
| 29 | Bettuchflanell reinweiß, gefärbt, geräuchert, besonders hohe Ware | 119 | 98 |

Wir liefern auch feine und lassen fertigen. Unseren Katalog
mit vielen Abbildungen und Mustern senden wir auf
Antrag kostenlos und unentgeltlich. Bericht nur gegen
Nachnahme, ab 20, — portofrei.

**Das Versandhaus der guten Qualitäten
Hermann Wündisch 6. m.
Augsburg K 351**

Hausfrauen! Achtet auf die Werbe-Sonder-
schau d. Kartoffel- u. Gemü-
schneidemaschinen „Frappant“.
Sauberkeit, Abfallersparnis. • Nie wiederkehrende Gelegenheit.

sonst 5,50 Mk. jetzt 2,80 Mk.

Alleinige Hersteller: **Max Kamermann & Co., Berlin S 14.**
Für Vertreter und Wiederverkäufer wird
Alleinvertreib bezirkweise abgegeben.

Anzeigen nach die Klein-, haben den
denkbar größten Erfolg in
der Bergbau-Industrie

Eheleute Gemüts- und hoh. Anteil
Sensationspreis. - Bitte 4.
Pers.-Verband, Potsdam,
Friedrichsbad 73.

Nichtraucher in 3 Tagen.
Sämtlich gutmütig!
Sanitäts-Depot
Selle a. E. 144 B

Bettfedern
10000
Dankschreiben

1 Pfd. grau — 60,
halbe 1,25, grau
halb 2,25, Flaum-
ruß 2,50, 3, —, Spe-
zialität 3,80, dau-
erweich 2,60, 3, —,
4, —, graue Daunen
6, —, weißer Flaum
7, —, 8, —, Ober-
betten 16, —, 23, —,
Kissen 4,50, 6,50,
17, —, Muster und
Preislise unsonst. — Von 9 Pfund an franko
gegen Nachnahme. Nachpressendes Geld zurück.
Josef Christl Nachf., Cham 371 (b. Wald).

Neu! Neu!
Handkissen
mit Schallringen
u. Stahlstäben,
wunderwollig
Klang, 10 Taster,
1921 9cm groß,
17, —, Muster und
Preislise unsonst. — Von 9 Pfund an franko
gegen Nachnahme. Nachpressendes Geld zurück.
Josef Christl Nachf., Cham 371 (b. Wald).

**Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 2 Jahre
Gute Lauchenuhr nur M. 2,20**

Nr. 3 Herren-Anl.-Uhrvermid. 11,20
Nr. 4 verstell. m. Goldr. Schw. 3,50
Nr. 5 m. bei West. II. Hoch. 4,50
Nr. 6 Sprungdehler, vergold.
Nr. 7 Dekoration, gutes Werk 7,50
Nr. 8 Zieruhr, verstell. 3,80
Nr. 9 Schmuckuhr in. verstell. 3,50
Nr. 10 verstell. m. 30. Doppelst. g. ver-
stell. 2.3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Jede Uhr hat ein 33-36 nündiges genau reguliertes Werk.
Bericht gegen Nachnahme. 200 St. Katalog gen. gratis.
Uhrmacher Fr. Heinecke, Braunschweig 55, Wolfstr. 3
3 Jahresumfang ca. 15 000 Uhren nach allen Ländern der Welt

Großer Preisabbau
in neuen Gänsefedern mit
Daunen, doppelt gereinigt.
Pfd. 2,50 u. 3, —, nur kleine
Federn (1/2 Daunen) 4, —
Edel-1/2 Daunen 5,50 u. 6, —
handgerichtet, Federn 3,50, 5, —, 6,75 bis aller-
beste 8,50, Bestdaunen (best. füllend) 8,50
u. 9,50 geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofrei. Nicht-
gefall. nehme auf in. Kosten zurück. Für recht
stabile Ware Garantie. Helene Gieslich,
Bettfedern-Walch u. Reinigung anst., Neu-
Trebbin 19 (Oderbruch), Briegerstr. 45 a

Platate
sowie familiäre
Druckfaden
für
Bereine u.
Zapfen
fertig preiswert:

H. Hansmann & Co., Bochum
38-42 Wiemelhauser Straße 38-42

Laubsägerei
durch die eigene
Brennerei
J. Brenner-Mittelstadt
Jägerstr. 26
Jägerstr. 26

Kräutersammeln
bringt Geld u. Verdienst
Kauf u. Sammeljahr gen.
Jacob Feindt
Breslau 5.

Ehe
leute, verlangt
unsere Liste B
gratis. Versand-
haus „Reform“, Börsen-
Grimmitschau L 12

Graue Haare
nicht färben! Gebe jedem
gratis Auskunft über die
glänzenden Erfolge meines
Verfahrens. Viele Dank-
schreiben. Fr. A. Müller
München, Jahrb. 40/10/05

Achtung!
Sichere Existenz
im Hause!
Gesucht
werden ehrliche
Personen zwecks
Errichtung einer
Maschinen-
Heimstrickerei.
Geboten wird
laufende Be-
schäftigung für uns
zu hohen Preisen.
Kein Risiko und
keine Vorkennt-
nisse erforderl.
Verl. Sie sofort
unverb. Auskunft
Fr. J. Kerstlan
& Co., Berlin-
Halensee 180

Ihr Schicksal??
Astrolog, Astrolog
gratis. Monats-
Bericht
H. J. Juch
Berlin-Schöneberg 202
Unter den Eichen 2

Dauerverdient
durch saubere
Reinheits-
verfügt an jeden,
keine Vorkenntnisse
Gratissauk. erteilt
Ella-Strickmasch.
Ed. Zapf, Berlin-
Reinickendorf Ost 1

Zuckerkrank?
Teile jedem kostenlos
gegen Rückporto mit, wie
ich, ohne Diät zu halten,
ganz zufrieden bleibe.
Kein Schwindel, son-
dern Tatkraft.
Max Friedländer,
Berlin-Tempelhof 82
Schulenburgstr. 5

Herzleiden?
Jan Angioton
das digitalisfreie, gutbekömm. Herzmittel.
Original-Flasche RM. 2,50. Kleinpackung
RM. 1, —. Erhältlich durch die Apotheken.
Ausführliche Broschüre 10 W kostenlos.

Dr. Willmar Schwabe, Leipzig O 29

Vollständig Kostenlos
den neuen farbigen Pracht-Katalog
mit vielen überraschend günstigen
Kauf-Gelegenheiten, wie z. B. Spiel-
Kamellen, Schokolade, Woll-
und Baumwoll-Gele, 1,50, mit
feiner Spitze und Abköpfer 1,95
Sie sparen! Also schreiben Sie sofort!

Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft
München K 54 m. b. H. Rosenstr. 11

PREISABBAU - Neue Gänsefedern
Mit Daunen, doppelt gereinigt Pfd. 2,50 und 3, — M., nur kl.
Federn (Halbdaunen) Pfd. 4,50 u. 5, —, 1/2-Daunen Pfd. 5, — u.
3/4-Daunen Pfd. 6, —, handgerichtet, Federn 4, — bis allerf. 6,50,
Volldaunen (herrl. füllend) Pfd. 9, — u. 10, —. Nur beste ge-
waschene u. entstaubte Ware. In Ihrem Interesse Gratissauk.
Muster verlangen! Nachnahmesendg. ab 5 Pfd. portofrei.
Kein Risiko. Nichtgefallend Rücknahme. - Ernst Weinberg, Neutrebbin 14.
Aelteste Oderbrucher Bettfedern-Wäscherei.

Die 40 Stunden-Woche
Herausgegeben im Auftrage des Vor-
standes des ADGB.
Das Buch weist besonders auf den
Vorteil in wirtschaftlicher, sozialer
und kultureller Hinsicht hin, daher be-
sonders jedem Funktionär empfohlen.

Eadenpreis geb. 3,60 Mk., Organisationspreis 2,80 Mk.
„geheftet 2,80 Mk., Organisationspreis 1,75 Mk.

Bestellungen erbittet die Buchhandl.
H. Hansmann & Co., Bochum

Heimarbeit
vergift B. Holzer,
Breslau Hauptst.

**FISU - Stahl-
Kinderbetten**
Katalog 302 frei. Eisen-
fabrik Suhl (Thür)

Betten Schlafstimmer
u. Holz-
Kinderbetten, Chaisel-
Katalog 302 frei. Eisen-
fabrik Suhl (Thür)

Futterale
für Mitgliedsbücher
Preis 20 Pfg.
H. Hansmann & Co.
Bochum,
Wiemelhäuser Straße 38-42

Gummi hgg. Artikel
Preis B 3.
gratis. Neutraler Versand.
„Medicus“, Berlin SW 68
„Die Salobitragte 5.

**Sächsische
Bettfedern-**
Fabr. P. Hoyer, Delitzsch 79
Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4
sendet Ihnen nur allerbeste
streng reelle Qualitäten
Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikp.
Ferner prima BETT-INLETT
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Pro-
ben und Preisliste unsonst und portofrei.